

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2,- Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Oesterreich, Estland, Litauen, Luxemburg 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Gedanken und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dandoff 292-295
Verlag: Dandoff 2506-2507

Dienstag, den 29. Juli 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Bankkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diskontogesellschaft, Depotkassa Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:
Die einseitige Kopierstelle 0,70 Goldmark, Reklamestelle 1,- Goldmark. „Kleine Anzeigen“ des festgedruckten Wort 0,20 Goldmark (zwei bis drei Zeilen, festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellengeld bei ersten Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 0,30 Goldmark. Eine Goldmark - ein Dollar geteilt durch 4,28.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Verzögerung der Einladung Deutschlands

Bis eine interalliierte Einigung erzielt ist. — Weitere Entscheidungen der gestrigen Vollsitzung.

London, 28. Juli. (WIB.) Die Vollsitzung der interalliierten Konferenz verlagte sich einige Minuten nach 5,30 Uhr. Wie verlautet, beschloß die Konferenz, die Frage einer Einladung an die deutsche Regierung, Vertreter nach London zu entsenden, an die „großen Fünf“ zu verweisen, die darüber entscheiden sollen, wann eine derartige Einladung abgehandelt werden soll. Es wird vermutet, daß Meinungsverschiedenheiten über den Bericht des ersten Ausschusses bezüglich der Frage des deutschen Verzuges hervorgerufen sind. Es wurde beschlossen, eine weitere Sitzung dieses Ausschusses für Mittwoch vormittag einzuberufen.

London, 28. Juli. (WIB.) Reuter meldet: Die Einladung an Deutschland wird wahrscheinlich am Donnerstag oder Freitag abgehandelt werden. Hieraus darf jedoch nicht gefolgert werden, daß die Konferenz beabsichtigt, den deutschen Vertretern irgendeine Entscheidung aufzuzwingen. Die von der Konferenz vorbereiteten Schriftsätze würden lediglich als Grundlage für die Unterhandlungen dienen. Man ist der Meinung, daß es zwecklos sei, Deutschland einzuladen, solange nicht ein Übereinkommen unter den Alliierten erreicht ist.

Der offizielle Bericht über die Vollsitzung.

London, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Ueber den Verlauf der Vollkonferenz, die am Montag in London stattfand, wird folgende offizielle Verlautbarung verbreitet: Es wurde beschlossen, einen Ausschuss aus Juristen zu bilden, um über die Abfälle i und k des fünften Teiles der französisch-englischen Note vom 9. Juli (Ergebnis der Pariser Konferenz) zu beraten. Dieses Komitee wird aus Vertretern Belgiens, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens bestehen und durch einen amerikanischen Beobachter ergänzt sein. Der offizielle Bericht gibt dann die Beschlüsse des juristischen Komitees, das sich mit der

Einladung Deutschlands

zu befassen hatte, im Auszug wieder. Es besagt, daß Deutschland nach dem Versailler Vertrag freie Hand habe, die geforderten Reparationssummen auszubringen. Der Dawes-Plan weiche davon ab, weil er feststellt, aus welchen Quellen Deutschland die Zahlungen erledigen soll. Hinsichtlich der anzuwendenden Taktik, die eingeschlagen werden muß, um mit Deutschland zu einem Einverständnis zu gelangen, ohne irgendwie gegen den Versailler Vertrag zu verstoßen, wird bemerkt, daß Deutschland die Durchführung des Gutachtens versprechen und die Vorkehrungen hierzu Gegenstand eines besonderen Übereinkommens sein müßten.

Da der Versailler Vertrag ausschließlich die Reparationskommission als Vertreter der alliierten Regierungen zur Empfangnahme deutscher Reparationszahlungen eingeleitet habe, soll auch sie in das als notwendig erachtete Übereinkommen einbezogen werden. Andererseits sei die Wiederherstellung der staatlichen und ökonomischen Einheit Deutschlands keine Angelegenheit, die die Reparationskommission angehe. Denn es sei nicht die Reparationskommission, die deutsches Gebiet besetzt habe, und es könne darum auch nicht die Reparationskommission sein, die die Räumung Deutschlands festzusetzen habe. Diese Frage betreffe lediglich die alliierten Regierungen, die Deutschland besetzt haben, und die anderen alliierten Regierungen, die an der Inkraftsetzung des Dawes-Planes teilnehmen, und natürlich auf der anderen Seite die deutsche Regierung. Folglich sei die Räumung der deutschen Gebiete durch ein Übereinkommen zwischen den Alliierten und der deutschen Regierung zu regeln. Schließlich sei hinsichtlich der Durchführung des Dawes-Planes über verschiedene Punkte zwischen den alliierten Regierungen ein Einverständnis zu schaffen. Das gelte besonders für die Maßnahmen, die eventuell ergriffen werden sollen, falls Deutschland sich Verpflichtungen zuschulden kommen lasse. Das sei ausschließlich eine interalliierte Angelegenheit. Nichtsdestoweniger dürfe man nicht übersehen, daß auch die deutsche Regierung mit der Sanctionsfrage befaßt werden müsse, weil die Zeichnung der internationalen Anleihe, die für die Durchführung des Dawes-Planes notwendig sei, nur in dem Vertrauen erfolgen werde, daß das wirtschaftliche Leben Deutschlands nicht durch unvorhergesehene Einwirkung von alliierten Seiten gestört würde. Aus diesem Grunde müsse das interalliierte Übereinkommen über die Sanctionen der deutschen Regierung in einer Form mitgeteilt werden, die ihr erlaubt, es bei den Verhandlungen mit Bankiers zu verwenden. Trotz der verschiedenen Maßnahmen zur Inkraftsetzung des Dawes-Planes und der

Notwendigkeit dreier separater Übereinkommen

Welche bestehen, daß der Dawes-Plan eine Einheit bildet und die Aufgabe der gegenwärtigen Konferenz sich darauf beschränke, seine vollständige und logische Verwirklichung zu sichern.
Diese drei Übereinkommen sollen in das Schlupprotokoll aufgenommen werden. Es ist festgestellt worden, daß die Entscheidung über die drei Übereinkommen auch die Einladung an die Reparationskommission und an die deutsche Regierung ent-

halten wird. Der Bericht wurde von der Konferenz angenommen und es wurde den Premierministern Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens, dem ersten Delegierten Italiens und Japans und dem amerikanischen Botschafter in London gemeinsam aufgetragen.

Die Vertreter der deutschen Regierung einzuladen, nach London zu kommen, um an der Aussprache sich zu beteiligen, sobald die Alliierten untereinander zu einem Übereinkommen gelangt sind. Ferner wurde beschlossen, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Reparationskommission in London zu versammeln.

Der englische Finanzminister Snowden teilte der Konferenz mit, daß über die Arbeit des ersten Ausschusses nichts Neues zu berichten sei. Sie halte am Mittwoch früh ihre nächste Sitzung ab.

Der englische Kolonialminister Thomas legte den Bericht des zweiten Ausschusses vor, der die staatliche und wirtschaftliche Einheit Deutschlands behandelt. Auch dieser Bericht wurde angenommen.

Sir Robert Kindersley berichtete für das dritte Komitee, dessen Arbeit noch nicht völlig beendet sei, aber in aller Kürze der Vollkonferenz vorgelegt werden würde.

Pariser Echo der englischen Initiative.

Paris, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Kommentare der Montagabendblätter bestätigen, was wir bereits am Montag vormittag über die Aufnahme der neuen englischen Vorschläge durch die öffentliche Meinung Frankreichs mitgeteilt haben. Nachdem man sich von der ersten Ueberraschung über die hier zunächst unerwartete Äußerung der Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebiets erholt hat, bricht sich sehr rasch die Erkenntnis Bahn, daß die englische Initiative unter den gegebenen Umständen nicht nur die

leichte und wahrscheinlich einzige Möglichkeit

bietet, aus der Sackgasse herauszukommen, sondern bei Nichtbeachtung die endgültige Friedigung des Ruhrabenteuers in diesem Augenblick für Frankreich gar nicht so unvorteilhaft ist, als die nationalistiche Hegeprelle, die über schändliche Kapitulation und schändlichen Verrat an Frankreich zelebriert, ihren Lesern glauben machen will. Man gibt sich insbesondere darüber Rechenschaft, daß die militärische Räumung der Ruhr in kurzer Zeit sowie so akut geworden wäre, sei es im Zusammenhang mit der von England beabsichtigten Zurückziehung der Truppen aus der Kölner Zone, die die Aufrechterhaltung der französischen Besatzung rechts des Rheines unmöglich machen muß, sei es, daß man sich dem Argument, daß mit der wirtschaftlichen Freigabe der Ruhr die militärische Besetzung nach den Erklärungen Poincarés selbst jede Berechtigung verloren habe, auf die Dauer nicht entziehen zu können glaubt. Die Vorzeichen der Auflösung des Problems bieten Frankreich dagegen die Möglichkeit,

gewisse Gegenforderungen

zu stellen, deren Durchführung man in Paris in hohem Grade für wahrscheinlich hält. So sind es eigentlich nur die extremen nationalistischen Organe vom Schlage der „Liberté“ und des „Intransigent“, die in der gewohnten Weise gegen den englischen Schritt protestieren. Schon das „Journal des Débats“ mag es nicht, das angestrebte Kompromiß grundsätzlich zu bekämpfen. Es sagt zwar, daß die Art, wie Kamraj Radonath die französischen Delegierten überrumpelt habe, Mißtrauen einflößen müsse, gibt aber der Ueberzeugung Ausdruck, daß die englische Regierung keine Hintergedanken mit ihrem Plane verbinde. Im ersten Augenblick könne man auf französischer Seite wohl versucht sein, unter Berufung auf die von Radonath selbst gewünschte Beschränkung des Programms der Konferenz jede Diskussion über die Frage der militärischen Räumung abzulehnen, bei reiflicher Ueberlegung wäre es jedoch dem französischen Interesse nur zuträglich. Was man verlangen müsse, sei lediglich, daß, wenn schon der den Verhandlungen in London

gezogene Rahmen gelprengt

werde, dies nicht einseitig geschehe, sondern daß in die Debatten auch diejenigen Probleme einbezogen werden, die für Frankreich mit der militärischen Räumung der Ruhr untrennbar verbunden seien. Herriot habe hier eine glänzende Gelegenheit, seine staatsmännischen Qualitäten zu beweisen, und da die Diskussion nicht vor dem Forum der Konferenz selbst, sondern in der intimen Aussprache zwischen den Ministerpräsidenten verhandelt werde, habe er die Möglichkeit, die Bedingungen, die Frankreich für die Aufgabe seiner Trümple stelle, mit allem Nachdruck zu vertreten. — Der „Temps“ erklärt dagegen, der einzige Vorwurf, den man der von Radonath aufgeworfenen Debatte nicht machen könne, sei der, daß

sie unerwartet komme. Denn die Frage der militärischen Räumung der Ruhr sei nicht erst seit gestern oder seit dem 11. Mai, sondern bereits seit der Unterzeichnung der Locarno-Verträge im Herbst vorigen Jahres spruchreif. Es habe für die militärische Besetzung der Ruhr von Anfang an zwei Auffassungen gegeben. Man habe sie als eine rein politisch-militärische Zwangsmassnahme ansehen können; in diesem Falle wäre die wirtschaftliche Ausbeutung der besetzten Gebiete als der Neben- und nicht als der Hauptzweck erschienen. Oder man habe umgekehrt sich als das eigentliche Ziel der Besetzung die wirtschaftliche Ausbeutung der Ruhr gestellt; dann sei aber die militärische Besetzung nur ein Bestandteil dieser Aktion gewesen, der mit der Aufgabe der wirtschaftlichen Ziele jede Existenzberechtigung verliere. Die letzte Auffassung sei die der französischen Regierung gewesen. Das ginge nicht nur aus der Note hervor, mit der Poincaré den Einmarsch in das Ruhrgebiet der deutschen Regierung feierlich angekündigt habe, sondern auch aus den von ihm vor Kammer und Senat gegebenen Erklärungen, in denen er immer wieder als den Zweck des militärischen Einmarsches

ausschließlich den Schutz der entlassenen Ingenieure und Zollbeamten

bezeichnete und jeden militärischen Charakter der Sanktion entschieden in Abrede gestellt hat. Wenn dem entgegengehalten werde, daß Frankreich und Belgien in den späteren Beschlüssen von Brüssel die militärische Räumung von den deutschen Zahlungen abhängig gemacht habe, so leistet man der französischen Politik einen schlechten Dienst, wenn man damit beweisen wolle, daß die ursprüngliche Idee der Ruhrbesetzung damit ausgegeben worden sei. Zwischen beiden bestehe in Wirklichkeit keinerlei Widerspruch. Wenn der Dawes-Plan endgültig angenommen werde, wenn die Anleihe gezeichnet und die allmähliche Unterbringung der deutschen Obligationen gesichert sei, so handle es sich hier um effektive Zahlungen, und die von den Regierungen Frankreichs und Belgiens für die militärische Räumung gestellten Bedingungen seien damit erfüllt. Frankreich habe deshalb alles Interesse daran, schon jetzt darüber zu verhandeln.

Reuter berichtet . . .

London, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Reuter meldet: Unmittelbar nach der Konferenz zwischen den Delegationsführern am Montagvormittag trat die britische Reichsdelegation zu einer Besprechung zusammen. Die allgemeine Ansicht in britischen Kreisen geht dahin, daß die Lage keine wesentliche Veränderung erfahren hat. Seit Freitag ist nach offizieller Kenntnis keine Lösung der von den Bankiers gewünschten Sicherheitsfrage aufgetaucht. Die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebiets liegt außerhalb des Rahmens der Konferenz. Die Eisenbahnfrage ist nach wie vor die gleiche, da Frankreich und England ihren jeweiligen Standpunkt genau festgelegt haben, bildet aber nicht das Hauptproblem. Der Gesamtindruck von der Konferenz geht nach wie vor dahin, daß alle Beteiligten ihr Bestes tun, und daß niemand die Verantwortung für ein Mislingen auf sich nehmen will.

Diese Reutermeldung steht in Widerspruch zu allen anderen Telegrammen über die Erweiterung des Konferenzprogramms. Da auch die gesamte französische Presse zu dieser auf englischer Initiative erfolgten Erweiterung Stellung nimmt, dürfte diese offiziöse Reuterische Auslassung nur ein Beruhigungsmanöver darstellen.

Ein neuer amerikanischer Kompromißvorschlag.

Paris, 28. Juli. (WIB.) Ueber die heutigen Arbeiten der ersten Kommission (Verfahrungen und Sanctionen), die um 11 Uhr vormittags zusammentreten ist, berichtet der Sonderberichterstatter der Agentur Havas aus London, der Kommission sei von dem nichtamtlichen amerikanischen Vertreter in der Reparationskommission ein neuer Vorschlag unterbreitet worden, der das am 19. Juli in der ersten Kommission angenommene Kompromiß in großen Zügen durch folgende Bestimmungen ergänzt: Die deutsche Regierung und die Reparationskommission bestimmen Vertreter, die mit den Bankiers Verhandlungen über die Festsetzung der Anleihebedingungen im gegenwärtigen Einvernehmen führen. Der Berichterstatter stellt fest, daß der Vorschlag dem Friedensvertrag entspreche. Die französischen Sachverständigen hätten ihn im Prinzip angenommen, der englische Schatzkanzler Snowden jedoch habe sich dagegen ausgesprochen. Die Verhandlungen werden seit 3 Uhr nachmittags fortgesetzt.

Mussolinis Meilenstein.

Rom, den 25. Juli 1924.

Von Zeit zu Zeit setzt Mussolini durch eine Rede einen weiteren „Meilenstein der italienischen Geschichte“. Meistens findet die faschistische Presse, daß mit seinen Worten eine neue Ära beginnt, und so rufen wir von einer geschichtlichen Epoche in die andere, immer auf der staubigen Chaussee mit den geschichtlichen Meilensteinen, ohne aus den epochemachenden Reden bis jetzt etwas darüber erfahren zu haben, wohin eigentlich dieser Weg führen soll. Mit jeder Rede wird Mussolini farblos, der Versuch, „gewaltig“ zu erscheinen, wird mit immer mehr unzureichenden Mitteln unternommen, und für die faschistische Presse wird die Bejubelung der Rede immer mehr zur Herkulesarbeit.

In der Tat ist heute mit Reden nicht mehr viel zu machen. Jeder Satz, jedes Versprechen, jede Drohung ist schon mehrmals verwendet worden. Die Rede, die Mussolini soeben vor dem hohen Rat des Faschismus gehalten hat, hätte vor allem das innere Problem der durch die Ermordung Matteottis aufgedeckten Parteikorruption behandeln sollen: war es doch das erste Mal, daß Mussolini seit der Tat zu seiner Partei sprach. Offenbar hat dieser Punkt aber für Mussolini nur eine sehr geringe Bedeutung. Er spricht nur ganz nebenbei von der Notwendigkeit, die Partei „zu verbessern und den neuen Bedürfnissen gewachsen zu machen“. Außer dem Disziplinargericht für die nicht endenden Streitigkeiten unter den Faschisten möchte Mussolini einen oberen Gerichtshof schaffen, der die politische und private Tätigkeit der Parteiführer kontrolliert. Für einen ansehnlichen Bruchteil dieser Herren wird diese Kontrolle heute von der Justiz e h ö r d e ausgeübt, was Mussolini unermüdet liebt. Er hat nicht die Frage aufgeworfen, die selbst vielen Gegnern des Faschismus sich aufdrängt: wie war es möglich, daß innerhalb der Parteiliste und der Regierung, von den Geldern der Partei und des Staates angezogen und genährt, eine vielföpfige und weitverzweigte Verbrecherbande entstehen konnte, ohne daß innerhalb der Partei selbst irgendeine instinktive Abwehrbewegung erfolgte, ein Versuch, das auszustufen, was dem Gewebe einer gesunden Partei als Fremdkörper hätte erscheinen müssen? Mussolini hat in dem absoluten Einklang, dem harmonischen Sinecuregreifen von Verbrechertum und faschistischer Partei kein Problem gesehen und schlägt daher nur ein äußerlich zu gebrauchendes Mittel vor, eben jenen Gerichtshof, als dessen Vorsitzenden er gern einen Nichtfaschisten sähe.

Der größte Teil der Rede war der Opposition gewidmet, von der es zu Anfang heißt, daß der Faschismus sie auch besiegen kann, indem er sie ignoriert, während am Ende gesagt wird, daß die künftigen „Ereignisse auch von denen bedingt sind, die den Faschismus befeinden“.

Werkwürdig und in hohem Grade für seine Auffassung charakteristisch ist das, was Mussolini über die öffentliche Ordnung im Lande sagt; er bezeichnet sie als vollkommen und sicher gewährleistet, und fügt hinzu: „In jedem Lande der Welt gibt es Elemente der Unordnung, die alle Regierungen, auch die liberalsten, kontrollieren und bestrafen.“ Das ist es ja gerade, was die Opposition von der Regierung fordert, daß sie die Elemente der Unordnung kontrolliere und bestrafe, daß sie nicht die Strafrückstände ihrer Leute auf die berüchtigten „elf bis zwölf Morde“ Duminis anlaufen lasse, ehe sie mit der Kontrolle anfängt. Es ist eben die unbestrafte Unordnung, die ihre eigenen Organe nährt, für die man Rechenschaft fordert von der faschistischen Regierung. Ballonmützen gibt es in allen Ländern der Welt; wenn aber, wie das in Rom geschehen ist, ein Wehrmann der faschistischen Miliz, ein gewisser Vittorio Rosa, von andauernder gewalttätiger Erpressung seiner zwei Geliebten lebt, und wenn, als die Sache dem Vorgesetzten des Rosa gemeldet wird, dieser zur Antwort gibt, es handle sich um Kleinigkeiten und die Anzeige wären keine Faschistenfreunde, so steht das eben doch auf einem anderen Blatte, an dem die Tafel nichts ändert.

Daß schließlich der Wehrmann zu vier Jahren zwei Monaten Zuchthaus und einem Jahre Polizeiaufsicht verurteilt wurde.

Briefe gehen in allen Teilen der Welt verloren; wenn aber ein schwarzes Kabinett die den Gegnern der Regierung entweder öffnet oder ganz vorenthält, so ist das eben mehr als die bloße Postschlamperei. Was Italien heute eine Ausnahmestellung gibt gegenüber allen anderen Ländern der Welt ist eben die Gesetzesverletzung durch die Organe der Regierung; man klagt nicht über Exzesse der Kontrolle und Bestrafung, sondern über ihren Mangel gegenüber den Angehörigen der herrschenden Partei.

Wie sich die Faschisten die Ordnung denken, sieht man aus folgendem allerliebsten Brief, den das Genueser „Lavoro“ veröffentlicht und der die Situation in den kleinen Orten trefflich beleuchtet:

Nationalfaschistische Partei
Kämpferbund von Monte Marciano.

Herrn

Am die offen zur Schau getragene Abwanderung zu verhindern, die bei Gelegenheiten unserer Feste von vielen ausgeführt wurde, werden Ew. Wohlgeborenen aufgefordert, im Ort zu bleiben. Der Faschismus wird die Entfernung Ew. Wohlgeborenen während der am kommenden Sonntag zwischen drei und sechs Uhr nachmittags stattfindenden Zeremonie als eine Beleidigung auffassen. Dies zur Nachricht, um mögliche Unannehmlichkeiten zu verhüten, die auf diese beständigen und offenkundigen Provokationen folgen könnten.

Wie kann man sich einen Zustand vollkommener Ordnung vorstellen, als der es ist, in dem das „nationale Bewußtsein“ die verweigerte Teilnahme an Zeremonien der herrschenden Partei als Provokation empfindet, die nach Rhizinusöl und nach dem Knüppel schreit?

Den ministeriellen Liberalen geht Mussolini etwas um den Bart und gesteht ihnen sogar zu, daß die Faschisten oft „etwas überschäumende Reifegefahren sind“, an welchem Eingeständnis interessant ist, daß der Ministerpräsident dasselbe Wort braucht, mit dem sein Pressesekretar Cesare Rossie den Märder Dumini bezeichnete, als einen „waderen, wenn auch vielleicht etwas überschäumenden Faschisten“. Mit Hinweis auf die vielföpfige Opposition paraphrasiert dann Mussolini das „viel Feind, viel Ehr“ und fügt hinzu, daß der Faschismus ein „Element absoluter Originalität im italienischen Leben darstellen müsse“. Gott sei Dank, daß das richtig ist! Man denke sich ein Land, in dem es den Landes-sitten gemäß wäre, daß hohe Beamte des Ministeriums des Innern von diesem aus eine Reihe von Morden organisierte und so eine Art „Amt zur Beseitigung der Gegner der herrschenden Partei“ im Schatten und auf Kosten der Regierung entstehen ließen! Solche Manifestation ist in der Tat ganz originell, und man muß es dem Lande seines schlimmsten Feindes wünschen, daß ähnliche Erscheinungen in ihm immer „originell“ bleiben mögen.

Das neueste ist nun, daß sich Mussolini nach links wendet, nachdem ihm die Pressedekrete einige Enttäuschungen gebracht haben. Man hat nämlich die juristische Nichtigkeit dieser Dekrete gering angeschlagen, weil man keine praktischen Folgen aus ihnen ableitete. Diese praktischen Folgen haben aber die Gerichte abgeleitet und drohen sie weiter abzuleiten. So hat z. B. das Strafgericht von Triest die Verweisung der von dem ersten Pressedekret vorgesehenen Delikte von den Geschworenen an das Landesgericht nicht gelten lassen, da ein Dekret die Strafprozedur nicht abändern kann, und hat also die Akten an das Geschworenengericht abgetreten. Für die südlichen Provinzen und Sizilien (das frühere Königreich beider Sizilien) gilt die Presseverordnung deshalb nicht, weil sie nur als Ausführungsbestimmung des abermaligen Edikts vom Jahre 1848 gedacht ist, welches Edikt für die erwähnten später annektierten Landesteile durch zwei nachfolgende Dekrete ersetzt wurde.

Das Ergänzungsdekret vom 12. Juli d. J., das angeblich Uebergangsbestimmungen enthalten sollte und dabei nebenbei die Beschlagnahme einführt, hebt ein Gesetz gegen die

Präventivzensur vom Jahre 1898 auf, ohne es zu erwähnen; es ist also auch juristisch null und nichtig. Abgesehen von all dem ist es einleuchtend, daß ein in der Verfassung eines Staates verbuchtes Recht nicht durch ein Dekret aufgehoben werden kann, das angeblich Normen für die Ausübung des Rechtes enthalten soll. In Rom hat sich bereits ein Komitee für den Rechtsschutz der betroffenen Zeitungen gebildet, das den Grundlag der Ungültigkeit der beiden Presseverordnungen vertritt. Unter Duzenden von Beschlagnahmen von Oppositionsblättern haben wir auch ein Faschistenblatt beschlagnahmen sehen, das „Impero“, dessen Vorbereitern des italienischen Weltreichs jeder Richter die völlige Unzurechnungsfähigkeit zubilligen muß. Dem ungelesenen erst gemeinten Hanswurftblättchen soll das Papier ausgegangen sein. Es brachte „reinen Sinnes“, wie Mussolini sagen würde, eine harmlose Anregung, Turati, Amendola und andere Leader der Opposition umzubringen, und wurde von dem Schwert der Nemesis erreicht. Es war sehr ergreifend, nur die Geschichte von dem Papiermangel tat der Wirkung auf das ganze Land Abbruch.

Da also die Presseverordnungen so wenig Anklang gefunden hat, strebt Mussolini momentan nach links. Die Faschisten hatten den Unternehmern zwei Jahre hoher Profite verschafft (ein kostbares Zugeständnis!), jetzt sei es an den Unternehmern, den Arbeitern einen Teil des Profits zu gewähren, sonst werde er andere Mittel anwenden, hat Mussolini einer Deputation Turiner faschistischer Arbeitervertreter gesagt. Weiter hat er eine Gegenleistung gefordert für 300 Millionen ungerächter Kriegsgewinne, die er den Unternehmern nachgelassen hätte (auch ein kostbares Zugeständnis!). In seiner Rede vor dem hohen Rat hat er dann dem faschistischen Syndikalismus die nachstehenden etwas nebelhaften Aufgaben zugewiesen: die Ausarbeitung von Instituten, durch die die Korporationen rechtsfähig und „als eine Kraft des Staates erhöht werden“; die Hebung der moralischen Verhältnisse der Arbeiter, um sie enger dem Leben der Nation anzuschließen (renderle più aderenti!); Zuweisung eines Teils des Profits an die, die an seiner Schaffung mitgewirkt haben. Die Korporationen sollen zur Kraft des Staates erhöht, den Unternehmern einen Teil des Mehrwertes freitragend machen. Wir fürchten, es wird ihnen gehen, wie jenem jungen Mädchen im „Simplicissimus“, das zur Freundin sagt: „Ich möchte mich auch gern sexuell ausleben, aber Mama erlaubt es nicht.“ Man wird das mit dem Mehrwert auch nicht erlauben.

Geplanter Kommunistenputsch?

Das „Hamburger Fremdenblatt“ enthält geheime Instruktionen der KPD für einen angeblich am 4. August geplanten Putsch. Wir halten diese Instruktionen und Enthüllungen für Schwindel. Sie widersprechen vollständig den politischen Anschauungen, die in der letzten Zeit auf den Konferenzen der KPD, und auch in Rostau geäußert worden sind. Alles Geschrei der „linken“ Führung der deutschen Kommunisten hat nicht darüber hinwegtäuschen können, daß auch sie sich sehr wohl der allgemeinen Flaute bewußt sind, von der die kommunistische Bewegung betroffen ist. Auf dem letzten Zentralkongress ist das ganz eindeutig von den verschiedensten Delegationen zum Ausdruck gebracht worden. Es ist infolgedessen bestimmt nicht anzunehmen, daß die Kommunisten zurzeit irgend etwas vorbereiten, was nach einem Putsch aussieht. Daß sie durch ihre Zentrale Anweisungen zu Demonstrationen, Propagandaveranstaltungen usw. geben, ist selbstverständlich; das Klappern gehört zum Handwerk der Parteidemagie. Die Zirkularanweisungen der KPD-Zentrale sehen sich dabei in der Regel bedeutend bombastischer, als es die Veranstaltungen der Kommunisten nachher in Wirklichkeit sind. Man tut der KPD nur einen ganz unangebrachten Gefallen, wenn man sie ernst nimmt, als sie es verdient.

Ein Kommunist durch englisches Kriegsgericht verurteilt. Der Kölner Kommunist Frenken ist vom britischen Kriegsgericht wegen Besitzes von Waffen und gefährlichen Stempeln zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Ein Brief aus dem Kriege von morgen.

Von Erich Grisar.

Hast du gar nichts mitgebracht? Ergendeine Erinnerung. Einen Granatplitter oder eine fremde Patronentasche. Oder einen Gasschutzanzug, wie sie da getragen wurden. Ich sähe gern einen. Vom letzten Krieg habe ich mir eine Wase aufbewahrt.“

„Kein“, erwiderte der Heimkehrer kumm. „Nur dies“, und er nahm einen Brief aus der Tasche. „Ich fand ihn in einem Hause, das wir auf Ueberlebende absuchten.“

„Und sonst hast du nichts mitgebracht?“

„Nichts.“

„Dann erzähl doch wenigstens, wie es zugeht, wie ihr lebet. Wie ihr kämpft.“

„Ich habe nichts zu erzählen.“

Da hatte einer der anderen schon den Brief gelesen. Nun tief er in das Schweigen: „Das muß ja grauhaft gewesen sein.“

Der Heimkehrer nickte.

„Dies vor“, ermunterten die anderen den Sprecher. „Dies vor.“ Der jedoch gab den Brief weiter. Gab ihn mir und ich las: Heute ist der dreihundzwanzigste Tag seit der letzten Befreiung. Seit zehn Tagen habe ich keinen Bissen Brot, keinen Schluck Wasser mehr zu mir genommen.

Karlchen starb bereits vor vier Tagen. Es war gerade zwei Tage vor seinem Geburtstag. Gluck ist gestern hinübergegangen. Nun bin ich allein. Das einzige Beweisen im Hause. Wie ich's mache, daß ich noch lebe, weiß ich nicht. Wie ich's mache, daß ich die Feder noch führen kann, ich weiß es nicht.

Weiß nicht, ob je jemand diese Zeilen lesen wird, weiß nicht, ob je wieder jemand diesen Raum betreten wird.

Gist lagert auf den Straßen. Gist auf den Treppen. Gist in den unteren Stockwerken des Hauses. Gist. Gist. Überall Gist. Unser Mädchen kank auf der Treppe um. Sie hat den Hunger nicht bezähmen können. Wollte hinab in den Keller. Wollte essen. Ich hielt sie, sie riß sich los. Sie schrie mich an. Unten sank sie um. Noch liegt sie da. Grün ihr Leib. Grün ihr Gesicht. Weit aufgerissene Augen starrt sie mich an. Und ich weiß nicht, soll ich mich hinabstürzen zu ihr. Oder soll ich weiter schmachten. Den sicheren Tod vor Augen.

Wärfst du bei mir? Ich titte nicht. Du hast die Mittel erfunden, dem Gist zu beggnen. Du fundest den Weg, dein Vaterland zu befreien.

Aber was ist denn dein Vaterland? Weist du noch? Kommt du je wieder zurück? Die ganze Stadt ist still. Kein Leben ist mehr auf den Straßen. Warum aber mußten erst alle Menschen sterben? Warum wurde das Leben gesperrt, da doch niemand nun das Gut, was das es ging, besitzen will! Warum?

Unten unter dem Fenster liegt der Leichnam eines Kindes. Es wollte seinen Ball hochheben. Da überroßte es die Welle.

In der oberen Stadt muß die Bombe niedergegangen sein. Wir hier unten wußten nichts. Sahen nichts. Bis es sich plötzlich die Straßen herabsenkte. Die Kutschen auf ihren Böden kank um. Die Pferde vor ihren Wägen. Führerlose Autos rorkten mit ihrem vergifteten Inhalt gegen die Wände und überschlugen sich. Ein entsetzlicher Krampf ging durch alle Leiber.

Alles Leben sank um.

Und nun liegt es da mit verglasten Augen. Grün. Grün. Die Bögel, die oben in den Lüften segeln, sah ich zur Erde stürzen. Tot.

Rur ich lebe. Rur ich. Und zu welchem Leben hat dein Rat mich aufgefpart? Bieibe in den oberen Räumen, sagtest du, als du forzgingst. Ich blieb oben. Bieb oben. Und sehe stündlich mich näher dem Tode. Ich weiß nicht, steigt das Gas doch noch herauf zu mir, verhungere ich bald, oder kommt Rettung.

Rettung, woher?

Wer weiß, daß hier im Hause noch ein Mensch lebt. Daß ein Weib noch um sein Leben zittert, um denen, die die Ueberlebenden, die die Sieger sein werden, zu sagen, daß sie Mörder sind, daß eine Mutter sie verflucht.

Hörst du mein letztes Wort, zu dem die Hand kaum noch die Feder führt. Sie zittert, wie ich zittere:

Ihr Männer seid Mörder. Ihr seid der Fluch der Erde. Uns zu schlugen sagt ihr, sähet ihr Kriege. Unsere Kinder wollt ihr schirmen und tötet sie doch nur. Unser Blut tötet ihr. Unser Blut. Für das, was ihr Ehre nennt.

Daß ihr noch immer diese Ehre trogt, Frauen zu Gefährtinnen des Todes gemacht zu haben.

Daß es euch nicht drückt, eure Kinder verröckeln zu sehen.

Wenn je dieses Morden ein Ende findet, wenn je eine Frau diesen Tod überlebt, so soll sie die Welt beherrschen. Soll sie Gesetze machen und die Männer halten, wie man Tiere hält, deren Wildheit gebändigt werden muß.

Das sagt dir deine Frau. Das sage ich, die ein Leben an der Seite eines Mannes geliebt, ehe ich sterbe.

Weißt du, es muß eine Luft sein, zu sterben om Stahl, durchbohrt von laufender Kugel.

Eine Luft, zerschüttelten Leibes zu verbluten, aber Qual aller Qualen ist es, verenden zu müssen wie ich, inmitten von tausenden Toten. Verhungern oder vergiften. Was weiß ich. Fluch dir. Fluch und dreifaches Wehe der Welt, die mir diesen Brief diktiert.

Wehe ...

Hier endete der Brief in unklarem Zittern, das keine Buchstaben mehr zustande brachte. Nur Krampf, nur Ohnmacht. Tod. Menschheitstod.

Der, der den Brief mitgebracht, steckte ihn wieder zu sich und ging. Wie wir ihm nachsahen, wurde uns bewußt, daß er in seiner Tasche die Route des Menschheitsweges trug. Des Weges, den die Menschheit gehen wird, wenn sie nicht bald denen folgt, die ihr den Weg zum Leben weisen.

Unmöglichkeit einer wirtschaftlichen Goldfabrikation

Professor Dr. Otto Hahn vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie in Dablm schreibt:

„Im Anschluß an die Mitteilung des Herrn Geheimrat Meitner, daß es gelungen sei, das Quecksilber zu einem sehr kleinen, aber deutlich wahrnehmbaren Betrag in Gold überzuführen, erschien vor wenigen Tagen in einigen Blättern die sensationelle Nachricht, daß auch die wirtschaftliche Herstellung des Goldes aus Quecksilber durchaus in den Bereich der Möglichkeit gerückt sei, und daß es mit einem besonders gebaueten elektrischen Ofen gelänge, beispielsweise 3 Kilogramm Quecksilber in nicht länger denn zehn Minuten vollkommen zu zertrümmern“, daß es gelänge, „das verhältnismäßig schwer schmelzbare Eisen vollkommen zu zertrümmern, so daß daraus eine ganze Reihe anderer Elemente entländer.“ u. a. m.

Jeder mit der modernen Naturkenntnis auch nur oberflächlich Vertraute wird das geradezu Unsinnige dieser Behauptungen erkennen, und es würde sich erübrigen, von diesen Nachrichten Rottz zu nehmen, wenn nicht in einem Teil der Blätter, die diese Nachricht brachten, ein Artikel von mir gewissermaßen als Stütze für diese Behauptungen herangezogen würde. Die angeführte Mitteilung von mir erschien in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 17. Juli; sie enthielt lediglich eine sachliche Darstellung unserer heutigen Kenntnis über den Atomzerfall und hatte mit der eigentlichen Meitnerschen Beobachtung nichts zu tun. Meine Stellungnahme zu dieser fand sich in dem Schlußsatz zusammengefaßt, der wörtlich folgendermaßen lautete: „... Die Beobachtung des Herrn Geheimrat Meitner und des Herrn Dr. Stamerreich würde daher, falls sie sich bewahrheitet, als eine Entdeckung anzusehen sein, deren wissenschaftliche Tragweite wir heute nur ahnen können.“

Kein Unbedingter konnte hieraus eine Stellungnahme für oder gegen die Meitnerschen Angaben herauslesen, die ja nach den vorliegenden spärlichen wissenschaftlichen Veröffentlichungen auch gar nicht möglich war. Noch viel weniger kann natürlich mein Artikel als Stütze für die oben erwähnten Phantasien herangezogen werden, und es scheint mir im Interesse der Allgemeinheit erwünscht, daß ihre Irreführung durch solche unwissenschaftlichen, ins Wärrchenhafte gesteigerten Nachrichten verhindert wird.“

Das Geheimnis des „Lebenselixiers“. Der „Zauberer der Chirurgie“, der amerikanische Arzt Dr. Alexis Carrel vom New Yorker Rockefeller-Institut, hat die Jahresversammlung des Britischen Korporellvereins in Bradford besucht und dabei interessante Mitteilungen über seine neuesten Forschungen gemacht. Er glaubt dem so oft gesuchten „Lebenselixier“ auf der Spur zu sein. Carrels berühmtestes Experiment ist die nun bereits 12 Jahre durchgeführte Lebendigerhaltung eines Hühnerherzens, das aus dem Körper entfernt und in eine besondere „Kultur“ gelegt wurde. Alle zwei oder drei Jahre wird es in eine frische „Kultur“ eingepflanzt, der von Zeit zu Zeit das Blut von alten und jungen Hennen zugefügt wird. Es hat sich nun gezeigt, daß das Blut der alten Hennen das Wachstum des Organismus aufhält, während das der jungen Tiere es beschleunigt. „Die Aufgabe ist“, so sagt Carrel, „die Zellen des Körpers lebendig zu erhalten, gerade so wie Bakterien, und zu gleicher Zeit genau zu beobachten, wie sie leben. Blut

Der Aufwertungsschwindel.

Pergt mit dem Mährer im Kopf.

Am Aufwertungs Ausschuss des Reichstages kam es im Anschluß an die Darlegungen des Geheimrats v. Pechmann zu einer Polemik zwischen ihm und dem deutschnationalen Parteiführer Hergt. Auf die Frage von Hergt, ob die Pechmann nach einmal, daß er einer Verringerung der dritten Steuernotverordnung widerstehen müsse und daß eine Erhöhung der Aufwertung dazu führen würde, daß der Grundbesitz überhaupt keinen Kredit mehr hätte.

Als Sachverständiger für die Lebensversicherung sprach Geheimrat Kiese. Auch er hielt eine Neuordnung der Aufwertung über die dritte Steuernotverordnung hinaus für bedenklich, weil sie neue Unsicherheit und Verunsicherung schaffen würde. Durch die Gründung von Tochtergesellschaften ist die Möglichkeit ausgeschlossen worden, daß etwa die Deckungsmittel für die neuen wertbeständigen Versicherungsverträge zur Aufwertung der alten Papiermarkversicherungen mit verwendet werden können. In der letzten Zeit ist das Versicherungsgeschäft sehr reger gewesen, weil mit der Stabilisierung der Werta die Vertrauen gewonnen ist und die Versicherungsnehmer sich von Papiermark auf Goldmark umstellen.

Für den Zentralverband der Haus- und Grundbesitzer erklärte Stadtrat Humann-Rünchen: Die Regelung in der dritten Steuernotverordnung ist unbedenklich und nehme nur Rücksicht auf die fiskalischen Interessen, nicht aber die Gütiger und die Hausbesitzer. Die Hauszinssteuer ist auf die Dauer nicht haltbar. Ihr Betrag wird von den Ländern und Gemeinden rein fiskalisch verwendet. Von den 25 Millionen aus dem Betrag der bayerischen Hauszinssteuer, die für die Fortführung der stehenden Neubauten reserviert bleiben sollten, hat das Landwirtschaftsministerium einfach 12 1/2 Millionen für sich verbraucht. Der Hausbesitz hält eine höhere Aufwertung als 15 Proz. für tragbar, wenn er Freiheit bei der Mietzinsbildung habe. Durch Abbau der Hauszinssteuer muß dann die Instandhaltung der Häuser gewährleistet werden, so daß die Hausbesitzer sich vorbereiten können auf die freie Wohnungswirtschaft, die nicht über Nacht kommen, sondern nur durch allmählichen Abbau der Zwangswirtschaft erreicht werden kann.

Als Vertreter des Deutschen Mieterbundes sprach Rechtsanwalt Groß-Dresden. Wenn die Wirtschaft eine Aufwertung leisten kann, dann ist grundsätzlich gegen die Aufwertung nichts einzuwenden, sie muß aber gerecht sein. Wir bezweifeln aber, daß das zu erreichen ist. Jede Aufwertung ist für die Wirtschaft eine neue Last und mit hohen Zinsaufwendungen verbunden. Die Mietzinssteuer ist unwirtschaftlich und unsozial. Es ist unmöglich, mit der Aufwertung der öffentlichen Anleihen zu beginnen. Es besteht die große Gefahr, daß die Aufwertung eine neue große Last für die Mieter mit sich bringt. Dagegen wenden wir uns mit aller Entschiedenheit. Wir verlangen, daß die Mietzinssteuer durch Steuern auf Einkommen und Besitz ersetzt wird. Die Wohnungswirtschaft ist durch eine Wohnbauabgabe zu fördern. Die Bestimmungen über die Mietzinsbildung in der dritten Steuernotverordnung müssen gestrichen werden. Die Grundgedanken des Reichsmietengesetzes sind unrichtig zu erhalten. Die Geldanlagen der Hausbesitzer dürfen nicht höher aufgewertet werden, als alle anderen Forderungen. Auf Fragen sagt der Sachverständige hinzu, daß die Mieter durchaus kein Privileg wollen. Sie wehren sich nur dagegen, daß der Hausbesitz Aufwertungsgewinnler wird.

Es wird sodann festgestellt, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund nicht vertreten ist, da er keine Einladung erhalten habe und gewünscht, daß er seine Stellungnahme dem Ausschuss schriftlich unterbreite.

Als Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes entwickelt Herr Herchel folgende Gedankengänge: Der Deutsche Gewerkschaftsbund lehne grundsätzlich die Aufwertung ab. Wenn der Reichstag aber die Aufwertung beschliesse, dann müssen erstens die kleinen Sparer bevorzugt werden (Fabrikparlaffen und Sozialversicherungen). Zweitens: die Hauszinssteuer darf nicht zur Aufwertung kommunaler Anleihen benutzt werden. Drittens dürfen nur ursprüngliche Zeichen Anspruch auf die Aufwertung haben. Wirtschaft und Staat könnten jedoch eine Aufwertung über das bisherige Maß hinaus nicht tragen. Die Unternehmer sagen immer, die Wirtschaft vertrage keine neue Lohnbelastung. Dann ertrage sie aber auch keine Erhöhung der Aufwertung um 10 oder 20 Proz. Auch der Staat könne nicht aufwerten, solange er seine Rentner so ungenügend versorge. Wenn man aber weiter aufwerte, dann müsse man aufwerten bis zur äußersten Konsequenz, also auch bereits zurückgezogene Forderungen usw. Niemand könne bestreiten, daß das ein sicheres Durcheinander gebe und das Bedenken der neuen Inflation als berechtigt er-

junger Beweisen enthält unzweifelhaft eine Lebenssubstanz in viel größerer Stärke als das Blut alter Lebewesen, und wenn es gelingen sollte, diesen besonders der Jugend eigenen Stoff festzuhalten, so würde man ein wirkliches Lebenselixier gefunden haben, das die Unsterblichkeit vielleicht dann aus dem jungen Körper entfernen und in einen älteren Körper überführen könnte. Bis jetzt ist freilich die Feststellung einer solchen Substanz noch nicht gelungen.

Bergson begrüßt Einstein. Das Genetischer Sekretariat vertritt die Begrüßungsansprüche, die in der nicht öffentlichen Sitzung der Völkerbundskommission für geistige Zusammenarbeit Präsident Henry Bergson an die neuen Mitglieder, darunter Professor Einstein, richtete. Bergson erklärte in seiner Rede u. a., daß die Kommission glücklich und stolz darauf sei, daß Einstein, der Weltvertrauen genießt, ihr angehöre. Sein Werk sei eine der gewaltigsten Anstrengungen, die der Mensch vollbracht habe, um die Grenzen des menschlichen Denkens weiterzuspinnen. Einstein habe das Werk vollbracht, daß seine Theorien, deren Schönergeleit die Berufsgeschichten entzweigen könnten, die ganze Welt wissenschaftlich eingenommen und bewegt haben. Bergson erinnerte dann daran, daß Einstein sich über die Beziehungen zwischen den Völkern Anschauungen gebildet habe, die dem Völkerbundsideal ähneln, und sprach die Hoffnung aus, Einsteins Beteiligung an einer Kommission des Völkerbundes möge dazu führen, daß der größte Teil der Menschheit, den er zu seinen wissenschaftlichen Spekulationen befehrt habe, auch für dieses Ideal gewonnen werde.

Ein elektrisches Planetarium. Man schreibt aus München: Unter dem großen Kuppelbau des Deutschen Museums ist ein riesiges Planetarium zur Aufstellung gelangt, das von der Firma Zeiss in Jena nach den Plänen Dr. Bauersfelds hergestellt worden ist. Es ist ein riesiges Projektionsapparat, in dem 40 kleinere Projektionsapparate ineinander greifen. Der Apparat projiziert den ganzen Sternenhimmel an die Kuppeldecke, dann sehen sich, durch einen Elektromotor betrieben, die einzelnen kleineren Apparate in Bewegung und am Kuppelhimmel gehen Sonne und Mond auf und unter, und die Planeten beschreiben ihre Bahnen. In exakter Berechnung und genauer mechanischer Ausführung läuft lichtbildartig der Sternenhimmel über das Kuppelgewölbe. Dieses einzigartige Meisterwerk eines elektrisch bewegten Weltalls im kleinen dürfte in Hauptausgangspunkt des Deutschen Museums werden.

Die Völkerbundskommission für geistige Zusammenarbeit nahm mehrere Entschlüsse an, in denen die Schaffung eines internationalen Kataloges für wissenschaftliche Filme, die Einberufung eines internationalen Kolloquiums über die Einberufung eines internationalen Kolloquiums und pädagogischen Grundzüge und die Organisation einer internationalen Ausstellung für das Gebiete und unbedeute Lichtbild zu wissenschaftlichen und pädagogischen Zwecken empfohlen wird.

Eine amerikanische Schule in Tokio. Eine bemerkenswerte Rundgebung gegen die antiamerikanische Bewegung in Japan ist der Beschluß der Verwaltung des japanischen Konsuls, einen wertvollen Baublock ohne Entgelt zum Bau einer amerikanischen Schule im Fernstudienort von Tokio zur Verfügung zu stellen. Die Schule soll im Herbst eröffnet werden.

Eine tollebare Spitze. Die neue Kathedrale von Liverpool, die werden einweihen werden ist, hat ein außergewöhnlich kostbares Geschenk, eine Spitze von letzterem Pracht erhalten. 20 Damen haben an diesem Prachtstück seit 1908, also volle 22 Jahre, ununterbrochen gearbeitet. — Konnten die 20 Damen sich während dieser 22 Jahre nicht näher beschäftigen?

scheinen lasse. Die Arbeitnehmer hätten die große Befürchtung, daß die Kosten der aufgewerteten Forderungen auf die Massen durch erhöhte Preise und niedrige Löhne abgewälzt werden. Niemand wolle die Kosten der Aufwertung selber tragen, sondern spreche für die Aufwertung aus den Taschen der anderen.

Im weiteren Verlauf der Bernehmungen kommt Oberlandesgerichtspräsident Dr. Best-Darmstadt zu Wort. Er erläutert seinen Gesetzentwurf und den des Staatssekretärs Mügel und bittet den Ausschuss, sich auf den Boden seines Entwurfs zu stellen. Niemals gebe es eine dauerhafte Regelung, wenn sie auf der Ungerechtigkeit beruhe, wie das bei der dritten Steuernotverordnung der Fall sei. Damit sind die Bernehmungen der Sachverständigen beendet und der Ausschuss tritt in eine Geschäftsordnungsdebatte über die Art der weiteren Verhandlung ein. Abg. Hergt (Dnat.) meint, es sei zweifelhaft, ob die Verhandlungen des Ausschusses durch die Bernehmung der Sachverständigen gefördert worden seien. Es gehe ihm sehr wie ein Mährer im Kopfe herum. Es wird schließlich der Vorschlag gemacht, die Parteien sollten ihre Anregungen dem Justizministerium zur gesetzgeberischen Ausarbeitung unterbreiten, später könne dann die Generaldebatte folgen. Es wird beschlossen, so zu verfahren und die allgemeine Aussprache unter Beteiligung der verantwortlichen Minister sobald als möglich zu beginnen.

Die Erstattung der Landabgabe.

Auf unseren letzten Artikel über den Steuerstandal sendet uns das Reichsfinanzministerium eine Entgegnung, die sieben Schreibmaschinenseiten umfaßt. Wir müssen es uns leider verlagern, diese Erklärung im Wortlaut wiederzugeben, da sie mit ihrer Darstellung zahlloser technischer Einzelheiten eine ebenso ausführliche Entgegnung beanspruchen würde. Das aber ist uns aus Raumgründen nicht möglich. Im übrigen wird ja das Verhalten des Reichsfinanzministeriums in dieser Angelegenheit noch Gegenstand parlamentarischer Auseinandersetzungen sein, so daß wir auch aus diesem Grunde mit dem Nichtabdruck keinerlei Beeinträchtigung der Klärung der Angelegenheit vornehmen.

Wir wollen nur auf einen wesentlichen, weil allgemeinen Gesichtspunkt hinweisen. Das Reichsfinanzministerium gibt zu, daß Fälle vorgekommen sind, in denen die Rückzahlungen höher waren, als die Einzahlungen. Es sucht dieses bei der Notlage der Reichsfinanzen unverständliche Verhalten mit der Tatsache zu erklären, daß die genaue Feststellung der eingezahlten Beträge in Gold überaus schwierig sei. Das unterliegt keiner Anfechtung. Das aber hätte sich das Finanzministerium sagen können, bevor es die Geltungsbauer der Landabgabe um zwei Monate verkürzte und den Rückzahlungsanspruch für Papiermarkzahlungen in Gold gesetzlich festlegte.

Wir begnügen uns mit der einfachen Feststellung, daß diesem Entgegenkommen an die Landwirtschaft kein entsprechendes Entgegenkommen an die Lohn- und Gehaltsempfänger gegenübersteht. Jeder Lohnsteuerpflichtige z. B. genießt eine Steuerfreiheit für ein Einkommen von 600 M. pro Jahr. Angenommen, ein Lohnsteuerpflichtiger ist 11 Monate erwerbslos und hat im zwölften Monat nur ein Einkommen von 60 M., so müßte er eigentlich nicht nur für diesen Monat, sondern solange steuerfrei sein, bis sein Einkommen 600 M. überschreite. Das wäre, um die Worte des Finanzministeriums zu gebrauchen, „billig“. Zu dieser Billigkeit aber hat man sich bisher noch nicht aufschwingen können. Bei Lohn- und Gehaltsempfängern gilt eben ein anderer Maßstab, als bei den großen Agrariern.

Die Flagge des Herrn Jarres.

Nur kein Vorkenntnis zur Republik!

Die Deutsche Republik hat einen Reichsinnenminister, der sich wirklich vor der Welt sehen lassen kann. In der „Volkszeitung“ wird mit Recht auf das eigentümliche Verhalten des Herrn Dr. Jarres bei den Vorbereitungen zu der Feier am 3. August aufmerksam gemacht. Schon bei der Beerdigung des in französischer Gefangenschaft gestorbenen Dreyer konnten wir nachweisen, wie Herr Jarres seinen ganzen Apparat in Bewegung gesetzt hatte, um nur die schwarzrotgoldene Schleife zu vermeiden. Damals kam man auf den genialen Einfall, ein Blumengebirge in Form eines Eisernen Kreuzes im Namen der Reichsregierung zu überreichen. Das schwarzrotgoldene Fahnen hat auch diesmal dem Reichsinnenminister große Kopfschmerzen bereitet. Er hat ausbrüchlich bei den Vorbereitungen geäußert, „nicht mit Hohen zu erscheinen“. Und als Begründung dieser eigentümlichen Aufforderung erklärt der Reichsinnenminister, „der Streit um die Reichsfahnen“ dürfe nicht während in der Erscheinung treten. In Wirklichkeit mocht Dr. Jarres damit nur eine Verbeugung vor den rechtsradikalen Verbänden, in deren Nähe er sich offenbar wohlfühlt, und er folgt nur dem Drang seines eigenen Herzens. Schwarz-Rot-Gold ist in der Tat nichts für einen Mann vom Schlage des Herrn Dr. Jarres.

Die staatsgefährlichen Kinder.

Die Reichsregierung läßt als Antwort auf unseren Angriff wegen des Ausreiseverbotes für die 500 Kinder der internationalen Arbeiterhilfe erklären, dieses Verbot sei nur erfolgt, weil es sich bei dem Transport der ALH, lediglich um kommunistische Propaganda gehandelt habe. Daß es sich bei Aktionen der ALH, um kommunistische Propaganda handelt, das wissen wir auch ohne eine offizielle Belehrung der Reichsregierung. Deswegen ist das Ausreiseverbot des Reichsinnenministers doch nach wie vor eine groteske Lächerlichkeit. In dem Augenblick, in dem der französische Ministerpräsident durch seine Beside des Entgegenkommens und der Veröhnlichkeit demonstrativ bekundet, daß er für eine Verringerung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich eintreten will, wäre es selbstverständlich gewesen, daß die Reichsregierung sich über solche kindischen und vollständig untergeordneten Gesichtspunkte hinwegsetzte hätte. Der Transport der Kinder nach Frankreich hätte gerade in diesem Augenblick nur gut wirken können. Das Verbot erfolgt bei einem Manne wie Dr. Jarres nicht nur deswegen, weil Jarres überhaupt keine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich will, weil dieser Typ eines bürokratischen Verwaltungsbeamten des alten Regimes im Innern nur Ausnahmerecht und nach außen nur Resonanz kennt.

Vom Juden gerettet.

Wie der „Welt am Montag“ aus Lauenburg (Pommern) geschrieben wird, hielt der bekannte Knäppel-Kunze in Lauenburg einen Vortrag, in dem er wie üblich auf die Juden schimpfte, und fuhr dann nach dem Vadeort Reda, wo er beim Baden in eine Nutze geriet und zweifellos ertrunken wäre, wenn ihn nicht der Vadearzt Reda, Herr Dr. Poiner, aus dem Wasser gezogen hätte. Herr Kunze erkundigte sich nach nachträglich, ob Herr Dr. Poiner wirklich Jude sei, und verschwand nach dieser fatalen Bekundung ohne ein Wort des Dankes.

Gegen den Abbau des Reichswirtschaftsrats.

Auf Grund einer Entschliessung des Bundesausschusses des A D G B. haben die Gewerkschaften der Reichsregierung und dem Reichstag folgendes unterbreitet:

„Der Abbau des vorläufigen Reichswirtschaftsrates hat für die Vertretung der wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Interessen der Arbeiter eine unhaltbare Lage geschaffen, die mit längerer Dauer immer unerträglicher wird. Ueber zwei Drittel der Mitglieder des Reichswirtschaftsrates sind seit Beginn des Jahres ihrer Rechte beraubt und von jeder Mitarbeit ausgeschlossen. Den Ausschüssen, die noch tagen dürfen, ist das Recht der Initiative genommen. Plenarsitzungen haben seit länger als Jahresfrist nicht stattgefunden. Die wichtigsten Wirtschaftspragen werden entschieden, ohne die in der Verfassung des Reiches vorgesehene Mitwirkung des Reichswirtschaftsrates. Mehrere Gesetzesvorlagen, die ihm früher zur Begutachtung unterbreitet wurden, hat die Reichsregierung unerledigt wieder zurückgezogen. Die längere Aufrechterhaltung dieses Zustandes ist unvereinbar mit Artikel 165 der Reichsverfassung. Auch der Hinweis auf erforderliche Ersparnisse im Reichshaushalt kann einen solchen Dauerzustand nicht rechtfertigen, da der Vorl. RWB. bereits im November 1923 der Reichsregierung in seinem Gutachten über die endgültige Gestaltung des RWB. den Weg gezeigt hat, eine dem Artikel 165 der Reichsverfassung entsprechende gesetzliche Vertretung mit wesentlich verminderten Kosten zu schaffen. Der Bundesausschuss des A D G B. erhebt die dringende Forderung an die Reichsregierung und den Reichstag, dem gegenwärtigen unwürdigen Zustand, den der degmierte und entrechtete Vorl. RWB. darstellt, baldigt ein Ende zu machen und ein dem Gutachten des Vorl. RWB. entsprechendes Gesetz über den endgültigen Reichswirtschaftsrat ungeschäm zu beschließen, bis dahin aber die für die volle Arbeitsfähigkeit des vorläufigen Reichswirtschaftsrates erforderlichen Einmittel zu bewilligen.“

Freilassung in Bayern.

München, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Einer der Führer der Münchener Räterepublik, der zu 5 1/2 Jahren Festung verurteilte Gustav Klingelböfer, ist jetzt aus der Haft in Niederhaidenfeld entlassen worden. Für das letzte halbe Jahr der Strafzeit wurde ihm Bewährungsfrist zubilligt.

Unterbrechung der Micum-Verhandlungen.

Düsseldorf, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die am Montag geführten Verhandlungen zwischen der Sachverständigenkommission des Reichsbundes und den Vertretern der Micum sind nach mehrstündiger Dauer infolge mangelnden Entgegenkommens der Micum-Vereiner ergebnislos abgebrochen worden. Nach Prüfungnahme der Vertreter der Sachverständigenkommission mit der Reichsregierung werden die Verhandlungen am Donnerstag vormittag fortgesetzt.

Hughes in Paris.

Paris, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der amerikanische Staatssekretär des Aeußern, Hughes, ist am Montag in Paris eingetroffen. Hughes kommt in Begleitung einer größeren Deputation der amerikanischen Anwaltskammer zum Besuche seiner französischen Kollegen. Wenn auch berichtet wird, daß seine Kelle keinerlei offiziellen Charakter habe, so nimmt man in gutunterrichteten Kreisen doch an, daß er die Gelegenheit benutzen werde, sich mit den maßgebenden französischen Stellen über die Frage der alliierten Schulden an Amerika zu unterhalten, zumal wenn durch die Aufnahme des von Ramsay Macdonald neuerdings vorgeschlagenen Kompromisses bis dahin die Frage der französischen Schuld an England eine Regelung gefunden habe.

Deutschland und der Garantiepakt.

Genf, 28. Juli. (SWB.) Die deutsche Regierung ließ heute dem Völkerbundsekretariat eine Denkschrift überreichen, in der der deutsche Standpunkt zu dem von der letzten Völkerbundversammlung ausgearbeiteten Garantiepakt, d. h. dem Vertrags über gegenseitige Unterstützung dargelegt wird. Verfasser der Denkschrift sind namhafte deutsche juristische Persönlichkeiten. Die deutsche Regierung war feinerzeit wie alle anderen Regierungen zur Stellungnahme zum Garantiepaktentwurf aufgefordert worden.

Treibt die Wilhelmstraße Sabotage?

London, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Angesichts der Einladung Deutschlands erinnert „Daily Telegraph“ an Laktiosigkeiten, durch die Deutschland mehrmals günstige Ausschichten zerstört habe, insbesondere durch die Methode, mehr zu fordern in der Erwartung, dadurch möglichst viel zu erlangen. Das Blatt weist als charakteristisch für seine Behauptung auf ein Beispiel aus der jüngsten Zeit hin, das dringend der Aufklärung bedürfe. Macdonald sei bemüht gewesen, ein Geuch Deutschlands um Aufnahme in den Völkerbund rechtzeitig für die Herbsttagung zustande zu bringen. In der Absicht, den Vorstellungen des britischen Botschafters Macdonald zu verfeihen, sei vom Völkerbund Sir Eric Drummond nach Berlin gereist. Das Auswärtige Amt habe ihm gegenüber die Auffassung vertreten, Deutschland benötige den Völkerbund zwar nicht, sei aber um Englands Willen unter folgenden Bedingungen zum Eintritt bereit: Ständiger Sitz im Völkerbundrat, Revision des Artikels zwischen Deutschland und Ostpreußen, Neuordnung der Kolonialfrage, indem ein Mandat über die Kolonie Ostafrika in dem Sinne gewährt werde, daß deutschen Gesellschaften ausgedehnte territoriale Privilegien zugesprochen würden. Diese letztere Forderung hätte Macdonald von der Unbilligkeit der deutschen Haltung überzeugt.

Dazu schreibt der „Soz. Parl.-Dienst“:

Eine Feststellung darüber, ob die Annahmen des „Daily Telegraph“ zutreffen, war am Montag abend bei den amtlichen Stellen nicht mehr zu erreichen. Infolgedessen verzeichnet wir heute auf eine eingehende Stellungnahme zu den Veröffentlichungen des englischen Blattes, erklären aber jetzt schon, daß die Haltung der Reichsregierung in einem Augenblick, wo die Einladung Deutschlands zur Debatte stand, mehr als ein Skandal bedeuten würde, vorausgesetzt natürlich, daß die Angaben des „Daily Telegraph“ zutreffen. Im Interesse Deutschlands möchten wir wünschen, daß das Blatt das Opfer falscher Informationen geworden ist.

München, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die deutsche Delegation nach London wird als Vertreter Bayerns der Staatsrat im Ministerium des Aeußern, Dr. Schmeitzle, begleiten.

Das Ende der Militärrevolte von Sao Paulo.

New York, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die revolutionären Kruppen haben Sao Paulo nach hier vorliegenden Nachrichten in der Nacht von Sonntag zum Montag geräumt. Die Regierungstruppen haben die Stadt inzwischen wieder besetzt und die Verteilungsbefehle bezogen.

Gewerkschaftsbewegung

Gegen das Internationale Arbeitsamt.

(Von unserem Genfer Korrespondenten.)

Die Internationalen Reichstagsfraktion hat bekanntlich von der Reichsregierung gefordert, das Washingtoner Abkommen nicht zu ratifizieren und den Austritt Deutschlands aus dem Internationalen Arbeitsamt zu erklären. Aus dem nachfolgenden Artikel ergibt sich die Auffassung der maßgebenden Genfer Kreise zu den genannten reaktionären Maßnahmen.

Die deutsche Reaktion hat ihre Karten aufgedeckt; sie vermischt strikte die Ratifikation des Washingtoner Abkommens und fordert ebenso kategorisch den Austritt Deutschlands aus dem Internationalen Arbeitsamt, „da dieses dauernde Kritik an den deutschen Zuständen übt“.

Man ist in den Kreisen des Internationalen Arbeitsamtes von diesem Schritte nicht besonders überrascht. Er wird hier nur als notwendige letzte Konsequenz des Verhaltens betrachtet, wie es die offiziellen deutschen Kreise gegenüber Genf bisher an den Tag gelegt haben. Die ebenso ausgiebige wie objektive unrichtige Presselampagne gegen Thomas, dem man die Idee einer Wirtschaftskontrolle über Deutschland unterstößt, das fleißige Zitieren von Pinard, des Wortführers der französischen Industriellen gegen Godot, die beionte Geste des 4000-M.-Beitrages, die von Deutschland jährlich für das Arbeitsamt gezahlt werden — halb soviel wie der Beitrag Liberias — und die Erklärungen des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns — alles das ist in Genf verstanden worden als die Einleitung einer Kampagne des Großkapitals gegen die soziale Institution, die dem Schutze der Arbeit in der ganzen Welt dient. Deutschland hat dabei den Wortführer gemacht.

Die deutsche Reaktion hat den Zeitpunkt für ihren Vorstoß nicht ungeachtet gewählt. Sie fühlt sich stark und glaubt sich der Unterstützung einer teils interessierten, teils unentschlossenen und beeinflussten bürgerlichen Mehrheit sicher, wenn sie zum Generalangriff auf das Proletariat übergeht. Nach außen hin vertraut man auf den „amerikanischen Bankier“, der schon die nötige Elbogensfreiheit garantiert wird, wenn man ihm dafür seinerseits eine glatte Abwicklung des deutschen Geschäfts garantiert — das auf Kosten des deutschen Arbeiters vorgenommen werden soll.

Aber das Internationale Arbeitsamt ist dabei im Wege. Es ist ein lästiger Mahner an das soziale Weltgewissen. Es hat den Achtundtag auf den Schild erhoben und dient sachlich den Interessen der Arbeit. Gewiß, noch ist es eingeeignet in seiner Bewegungsfreiheit und bei der Durchführung seiner sozialen Arbeit auf den guten Willen der verschiedenen Regierungen angewiesen. Aber es ist weit über seine unmittelbare praktische Arbeit hinaus schon ein Symbol für das kommende große Werk der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität der Arbeit in der ganzen Welt.

Für die deutsche Reaktion werden allerdings derartige Überlegungen nicht ausschlaggebend sein. Sie sieht ihren Kampf gegen das Arbeitsamt wie gegen jede Art von internationaler Verständigung nur unter dem engen Gesichtswinkel ihrer unmittelbaren Interessen. Sie will das „wieder Herr im Hause sein“ auch ins internationale Gebiet übertragen. Daher die bewußte Ablehnung des Völkerbundes und die Brückung des einzigen internationalen Instituts von Rang, in dem Deutschland für seine sozialen Aufgaben und Notwendigkeiten gemeinsam mit allen Völkern arbeiten kann — wenn es will.

Keine der ausländischen Regierungen wird das Odium auf sich nehmen, trotz aller geheimen und offenen Aufmunterungen ihrer kapitalistischen Kreise, das Internationale Arbeitsamt zu brüskieren, schon aus Gründen des europäischen Taktik nicht — aber die deutsche Reaktion ist unbedürftig und macht ihre „Staatspolitik“ auf ganz besondere Art.

Verbandstag des Werkmeisterverbandes.

Würzburg, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Nach ausgiebiger Aussprache, an der innerhalb eines Sitzungstages rund die Hälfte der Delegierten teilnahm, kam es zur Abstimmung über die dem Werkmeisterverband vorliegenden Entschlüsse zu den tatsächlichen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen, die die Logung während der ersten beiden Sitzungstage beschäftigten. Einmütig angenommen wurde folgende Entschlüsse, die das Verhältnis des Werkmeisterverbandes zum IFA-Bund festlegt:

Der Abgeordnetentag des Deutschen Werkmeisterverbandes Würzburg 1924 spricht sein Bedauern darüber aus, daß einzelne Beschlüsse über den IFA-Bund Anlaß zu Auseinandersetzungen über die Frage des Verbleibens im IFA-Bunde gegeben haben. Er erklärt es einmütig, daß als Spitzenorganisation für eine freigewerkschaftliche Organisation der Werkmeister nur der IFA-Bund in Frage kommt. Er erwartet jedoch auf das bestimmte, daß der IFA-Bund jedwede Rücksicht auf die wirtschaftlichen und Arbeitsverhältnisse der Werkmeister nimmt, daß der IFA-Bund sich weiter reiflos für die religiöse und parteipolitische

Restraukt einsetzt und dafür sorgt, daß die IFA-Ortsstellen bei ihren Arbeiten diese Grundsätze aufrechterhalten, damit auch hier ein reibungsloses Zusammenarbeiten mit den Vertretern des Deutschen Werkmeisterverbandes gewährleistet wird.

Die Frage der Zentralarbeitsgemeinschaft wurde in folgender, einstimmig angenommener Entschlüsse erledigt: „Der Abgeordnetentag des Deutschen Werkmeisterverbandes Würzburg 1924 bedauert, daß die Verhältnisse des Bundesverbandes des IFA-Bundes gezwungen haben, am 3. Januar 1924 den Beschluß zu fassen, aus der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber Deutschlands auszutreten. Er stellt fest, daß eine

Gleichberechtigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern als Voraussetzung für die Mitarbeit in der Zentralarbeitsgemeinschaft schon seit langer Zeit nicht mehr vorhanden war und von einzelnen Arbeitgeberverbänden die gemeinschaftliche Arbeit in der Zentralarbeitsgemeinschaft nicht gefördert, sondern sogar gehindert worden ist. Der Abgeordnetentag erklärt jedoch, daß der Deutsche Werkmeisterverband bereit ist, zu geeigneter Zeit und in Gemeinschaft mit anderen gleichgerichteten Verbänden in einem neu zu schaffenden Organ mitzuarbeiten, wenn die Gewähr dafür geboten ist, daß die restlose Gleichberechtigung der Arbeitnehmer sichergestellt ist.“

In Regierung und Reichstag wurden folgende Forderungen gestellt:

„Der Deutsche Werkmeisterverband hält es zum Aufbau der deutschen Volkswirtschaft nach wie vor für notwendig, daß die den Arbeitnehmern in der Weimarer Verfassung angekündigte wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung auch in die Tat umgesetzt wird. Der 26. ordentliche Abgeordnetentag beauftragt deshalb die Vorstände des Deutschen Werkmeisterverbandes und des IFA-Bundes, sich mit allem Nachdruck für die beschleunigte gesetzliche Verwirklichung der seit 1919 angekündigten Bezirkswirtschaftsräte und des endgültigen Reichswirtschaftsrates einzusetzen. Er verlangt weiter, daß die Vorarbeiten zur Schaffung des einheitlichen Arbeitsrechts nun endlich zur Durchführung kommen.“

Die Auffassung zur Gewerkschaftsarbeit im Deutschen Werkmeisterverband wurde in einer Entschlüsse zusammengefaßt, die betont, daß für die künftigen Arbeiten des Deutschen Werkmeisterverbandes das soziale Programm des Verbandes und die richtunggebenden Beschlüsse der Abgeordnetentag Sesseltagen 1920 und Erfurt 1922 unter Beachtung der gewerkschaftlichen Richtlinien, die der IFA-Bund unter Mitarbeit mit dem DWA, dafür gegeben hat, maßgebend sind. Der Hauptvorstand, den ehrenamtlich und beamteten Funktionären und den Mitgliedern des Deutschen Werkmeisterverbandes machte es der Verbandstag zur Pflicht, dieses Programm und diese Beschlüsse in allen Einzelheiten zu befolgen und ohne Ansehen der Person im Interesse der Mitglieder durchzuführen.

In der Sonntagsitzung des Verbandstages verurteilte die Erörterung über eine nationalsozialistische Schimpfpropaganda gegen die Gewerkschaftsbewegung, die von dem Leipziger Geschäftsstellenleiter des DWA, verfaßt worden ist, einige Aufregung. Der Verbandstag billigte das Vorgehen des Verbandsvorstandes, der dieser Verbandsangelegenheit sofort seines Postens enthob.

Internationaler Metallarbeiterkongress.

Wien, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Internationale Metallarbeiterkongress hat am Montag vormittag die Debatte über den Achtundtag fortgesetzt und schließlich die zu dieser Frage vorliegende Entschlüsse einstimmig angenommen. Hierauf berichtete Dörmann über den Internationalen Gewerkschaftskongress. Der Bericht wurde ohne Debatte zur Kenntnis genommen. Dann kam der Vertreter des allrussischen Metallarbeiterverbandes, Arsentjew, zu Wort, der in längeren Ausführungen ein Bild der gewerkschaftlichen Lage der Metallarbeiter in Rußland gab und die Ausnahme der russischen Metallarbeitergewerkschaft in den Internationalen Metallarbeiterbund unter Zustimmung der restlichen Anerkennung der Statuten des Bundes verlangte. Es wurde beschlossen, eine besondere Konferenz mit der eventuellen Ausnahme der Russen zu betreiben. Damit war der Kongress beendet. Der Vorsitzende Reichel schloß ihn mit Worten des Dankes an die Delegierten und einem kurzen Heberbild über seine geleistete Arbeit.

Unzulänglicher Schiedsspruch im Steinlegergewerbe.

Die Steinleger und Berufsangehörigen nahmen in einer Versammlung am Sonntag Stellung zu dem vom Tarifamt gefällten Schiedsspruch. Gauleiter Schandts berichtete, daß die Stundenlöhne der Steinleger und Steinhauer für die Lohnperiode im August von 95 auf 98 Pf. erhöht werden, während die der Hammer- und Hilfsarbeiter auf 85 bzw. 60 Pf. bestehen bleiben sollen, um so mit dem Tiefbaugewerbe konkurrieren zu können. Die stürmisch verlaufene Versammlung beauftragte die Schlichtungskommission, nochmals die Verhandlungen aufzunehmen und über das Ergebnis am nächsten Sonntag in einer vom Gesellenauschuß einzuberufenden öffentlichen Versammlung zu berichten.

Gewerkschaftlicher Fortschritt

Bochum, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag, den 27. Juli, fanden am Niederrhein die diesjährigen Knappschafstagswahlen statt. Von den in 22 Sprengeln abgegebenen Stimmen erhielten: Bergarbeiterverband 3211, Christen 1888, Union 2772, Hirsch-Dunker 249, Unorganisierte 302, versplittert 94. Vier Sprengel stehen bei diesem Ergebnis noch aus. Sie werden aber das Endergebnis nicht weiter beeinflussen. Wenn man bedenkt, daß bei der letzten Wahl 1912 am Niederrhein die Gelben ausislaggebend gewesen sind, so kann das vorliegende Ergebnis für den Bergarbeiterverband zufriedenstellend sein. Die Unorganisierten, die aus ihren Reihen zum überwiegenden Teile die Knapp-

schafstagswahlen stellen und auch den Vorstand am Niederrhein besetzten, haben für ihre unternehmerfreundliche Haltung, die sie während der zwei Jahre zum Ausdruck brachten, den richtigen Dankzettel von den Kameraden erhalten, indem sie zu einer verschwindenden Minorität herabgedrückt worden sind. Sie erhielten nur 302 Stimmen.

Wünsche der Zechenbesitzer.

Essen, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Auf Veranlassung des Zechenverbandes hatte der Schlichter für die Provinz Westfalen die Tarifparteien für Montag zu Verhandlungen geladen. Gegenstand der Verhandlungen war der Antrag des Zechenverbandes auf Ausdehnung der südlichen Randzonen-Klausel von 12 auf 40 Zechen und Erhöhung des Prozentsatzes von 3 auf 15 Prozent, um den die in der Lohnordnung festgesetzten Löhne unterschieden werden dürfen. Bevor in die Verhandlung über den Antrag der Unternehmer eingetreten werden konnte, wurden von den Arbeitnehmervertretern gegenüber dem eingeteilten Schlichtungsverfahren Bedenken rechtlicher Art geltend gemacht, indem sie erklärten, daß, solange ein rechtskräftiger Vertrag vorliege, dieser nicht durch ein Zwangsschlichtungsverfahren abgeändert werden könne. Die Unternehmer hingegen bestritten das Vorliegen einer rechtskräftigen Lohnordnung für die südlichen Randzonen. Da die Arbeitnehmervertreter an ihrer Auffassung, daß auch für die südlichen Randzonen noch ein rechtskräftiger Vertrag vorliege, festhielten und bei einer eventuellen Verbindlichkeitsklärung des zu fällenden Schiedspruches sie ebenfalls ihre Bedenken geltend machen würden, gab die Unternehmervertreter die Erklärung ab, daß ein weiteres Verhandeln zwecklos sei, sie an Zwangsschiedsverhandlungen kein Interesse haben und sie daher ihrerseits die Verhandlungen abzubrechen. Nach den Erklärungen der Parteien wurde vom Schlichter, der sich in dieser Angelegenheit weitere Schritte vorbehielt, die Verhandlung für beendet erklärt.

Ausperrung in den niederschlesischen Eisenhütten.

Breslau, den 26. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Frage Anfragen, welche sich auf die Ausperrung in den Betrieben des Eisenhüttenverbandes Niederschlesien beziehen, machen es notwendig, darauf hinzuweisen, daß die Ausperrung noch wie zuvor besteht. In keinem der in Frage kommenden Werke hat die Arbeiterschaft auch nur daran gedacht, entgegen dem Willen aller Beteiligten die Arbeit aufzunehmen. Alle anders lautenden Gerüchte sollen sicher nur dazu dienen, die Ausgesperrten mutlos zu machen.

Konflikt im oberpfälzischen Bergbau.

München, 28. Juli. (ZTB.) Wie die „Münchener Post“ berichtet, haben die schwebenden Arbeitsverhältnisse im Bereich der oberpfälzischen Bergbau- und Hüttenbetriebe eine Verschärfung erfahren. Die Verwaltungen der Luitpold- und Marggräber haben, nachdem ihre Anträge auf eine etwa 17prozentige Lohnherabsetzung durch Schiedsspruch abgelehnt worden waren, der Arbeiterschaft nunmehr zum 1. August gekündigt. Neue Verhandlungen in dieser Angelegenheit, die zurzeit beim Sozialministerium geführt werden, waren bisher ergebnislos.

Die Krise in Oberschlesien.

Kattowitz, 28. Juli. (ZTB.) In der ostoberschlesischen Industriekrise ist bis heute keine nennenswerte Veränderung eingetreten. Die Verhandlungen dauern fort. In der Arbeiterschaft selbst macht sich eine Reizung für Beendigung des Streiks geltend. So hat heute früh der größte Teil der Belegschaft der Bismarck-Hütte die Arbeit wieder aufgenommen, auch in zahlreichen anderen Betrieben nimmt die Zahl der Arbeitswilligen zu. Unter den verhafteten Mitgliedern des Tier-Ausschusses befanden sich auch zwei Moskauer Kommunisten, die den Verkehr zwischen dem Ausschuss und Moskau aufrecht erhielten. Das Material, das bei den Verhafteten gefunden wurde, soll sehr belastend sein.

Bergmann G. M., Rosenhof, Dienstag, nachmittags 5 Uhr, Fraktionsversammlung in Schöneberg, Völkchen, sämtliche Genossen des Werkes mühen erscheinen. Mitgliederbuch als Vorbed.

Zubügig Eder, Kattenstraße, Mittwoch, sofort nach Betriebschluss, Betriebsberufung im Arbeiter-Vereinsklub, Siedestraße 24. Vortrag des Genossen Seifried, R. S. über das Saarländerbundesgesetz. Amore-Bremle, Kattenstraße, Am Mittwoch, den 30. Juli, nachmittags 4 Uhr findet eine Versammlung aller ZTB-Mitglieder bei Hofmeister, Welter, Ecke Fremmingstraße, statt. Einisch nur mit Mitgliedsbuch. Jangner, Kattenstraße, bei Töpfer, Am Mittwoch, abend 8 Uhr bei Jangner, Reus, Friedrichstraße 33. Vortrag für die Betriebsräte. Andere Kollegen, soweit sie Interesse für die Angelegenheit haben, können daran teilnehmen.

Knapptarner, Kattenstraße der Wälder, Auf Befehl der letzten, Mitgliedsberufung soll bis Ende dieser Woche in allen Betrieben eine Sicherheitskontrolle vorgenommen werden. In der am Sonntag, den 3. August, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus stattfindenden Versammlung, in der auch die Wahl zum Verbandstag stattfindet, soll darüber Bericht erstattet werden. Alle Kollegen müssen anwesend sein.

Die Tagungsberufung.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Felix Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Verwaltung: Dr. John Schifano; Volontar und Sonstiges: Walter Trajan; Angelegen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Bornhörs-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 8, Str. 2, Seifgen.

HEVITAN Nährpräparat nach Prof. Dr. Reyher
Bewährt bei nervösen Störungen, Appetit- und Körpergewicht nehmen zu — Wachstumfördernd bei Kindern und Säuglingen, bewährt bei Ernährungsstörungen derselben in Apotheken und Urogerien, sonst direkt von der Sarotti-Akt.-Ges., Berlin-Tempelhof.

Arbeiten Sie gern?

Sie können kein Vergnügen an Ihrer Arbeit finden, wenn Sie nicht mehr gut sehen können. Genau angepasste Gläser können Ihnen solche Arbeiten, die Ihnen bisher zur Last wurden, angenehm machen. Wenn Ihre Augen Ihnen Beschwerden bereiten, so besuchen Sie uns, und wir wollen Ihnen ohne jede Verpflichtung Ihre Augen zeigen, wie sehr unsere Augen-Gläser Ihnen Ihre Arbeit erleichtern können.

Wie unsere werbe Kundenschaft unsere Dienste zu schätzen weiß, bezeugt nachstehendes Schreiben.

Herrn Optiker Ruhnke! Vielen Dank für Ihre freundliche Zusendung. Ich mußte ja, daß Sie in jeder Beziehung reell sind. Auf Ihre Einladung hat sich auch Ihr ganzes Geschäft aufgebaut. Ihr Entgegenkommen Ihrer Kundenschaft gegenüber ist überall bekannt, und ich wende mich deshalb an Sie. Ich werde nach wie vor Ihr Interesse wahrnehmen, Ihre Kundin bleiben usw. Hochachtungsvoll geg. Frau L. S.-L.

Rostenlos prüfen wir Augen und Sehkraft mit Sorgfalt und garantieren für passende Gläser sowie für Haltbarkeit aller Fassungen aus Gold und Gold-Doppel von 2.- M. an 1-4 Jahre je nach der Qualität des Metalles.



Unsere heutigen Preise:
Aeifer mit und ohne Handfassung aus bestem Ridel R. 0.75 1.25 1.50 aus Gold-Doppel 2.- 3.- 4.- 6.- 7.- 8.- aus edstem 14 karät. Gold R. 15.- 18.- 24.- 40.- 48.-
Brillen mit und ohne Handfassung aus bestem Ridel R. 0.75 2.- 2.50 aus Gold-Doppel 4.- 8.- 12.- aus edstem 14 karät. Gold R. 40.- 48.- 55.-
Mod. Brillen mit Zelluloid-Rändern, hell und dunkel: R. 2.50 5.- 7.- 8.-
Mod. Horn- u. Schildpatt-Brillen: R. 2.50 4.- 5.50 6.50 18.- 30.- 40.-
Gläser werden extra berechnet: Rathenower Bl.-Gläser nur R. 1.- pro Paar Punktort-Messing 3.-
• Reparaturen billigt und sofort. •

- NW Friedrich-Str. 150 Ecke Dorotheen-Str.
- SW Belle-Alliance-Str. 4 nahe Jandorf
- SO Oranien-Str. 44 zwischen Moritz- und Oranien-Platz
- Charlottenburg: Tauentzienstr. 15 Ecke Marburger Str.
- Jochimsdaler Str. 2 nahe Bahnhof Zoo
- Neukölln: Bergstr. 4 Ecke Zietenstraße
- Friedenau: Rhein-Str. 18 Ecke Kirch-Str.
- Schöneberg: Haupt-Str. 21 Ecke Akazienstraße
- Wilmersdorf: Berliner Str. 132-33 nahe Uhlandstraße

Sind's die Augen, geh' zu Ruhnke!
33 Geschäfte in Berlin, Hamburg, Düsseldorf, Köln, Magdeburg, Essen, Basel u. Zürich; Fabriken in Rathenow-Neue Schleuse u. Berlin.

- C** Spittelmarkt Ecke Wallstraße Alexanderplatz nahe Assolinger Königsstr. 55 gegenüber Rathaus
- W** Friedrich-Str. 193 a Ecke Leipziger Str. Leipziger Str. 113 Ecke Mauer-Str. Linkstr. 1 Ecke Potsd. St.
- M** Schönhauser Allee 81 am Bht. Nordring Friedrich-Str. 105 Ecke Ziegel-Str. Invaliden-Str. 164 Ecke Brunnen-Str. Invaliden-Str. 117 am Steffler Bahnhof Chaussee-Str. 72 nahe Mühlent.
- Frankfurter Allee 14 nahe Thier

Das Heim der Kleinsten.

Eine moderne Säuglingspfleganstalt.

Vor etwa anderthalb Jahren wurde in Neukölln eine Abteilung für Säuglinge im Waisenhaus und ein Säuglings- und Mutterheim geschaffen. Solche Einrichtungen sind in Berlin gerade nicht zu reichlich gefast. Auch dieses Heim ist erst nach großen Schwierigkeiten entstanden. Es ist das Verdienst unserer Parteigenossen, insbesondere des jetzigen Dezernenten für Gesundheitswesen, Genossen Dr. Silberstein, für die Schaffung dieser Einrichtung mit aller Kraft eingetreten zu sein. Unsere Parteigenossen ließen sich von der Anschauung leiten, daß es notwendig ist, jedes Menschlein zu erhalten und gerade die Sterblichkeit der unehelichen Kinder einzudämmen. Sie wollten eine Stelle schaffen, zu der auch junge uneheliche Mütter kommen konnten, um Rat und Hilfe zu erbitten.

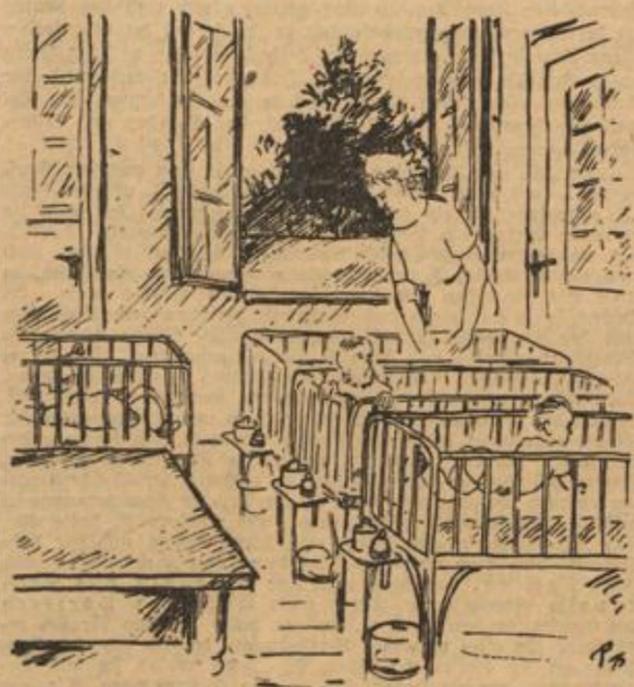
Die Welt der Kleinen.

In einfacher schlichter Form ragt das Heimgebäude gegenüber der Brandenburgerischen Provinzialhebammenlehranstalt am Mariendorfer Weg auf. Architekten und Mediziner haben in idealer Gemeinschaftsarbeit ein Werk geschaffen, bei dem die Erfahrungen, die bei ähnlichen Bauten gemacht wurden, in einer Weise Berücksichtigung gefunden haben, daß Mängel und Fehler möglichst vermieden wurden. Es ist eine Inneneinrichtung entstanden, die den modernsten Anforderungen in hygienischer und kultureller Hinsicht entspricht. Licht und Luft durchfluten die Räume, in denen jedes Fleckchen ausgenutzt ist. Durch den Haupteingang im Mittelbau gelangt man, ohne die eigentlichen Anstaltsräume selbst zu betreten, in das Aufnahme- und Amtszimmer. Jeder Säugling ganz gleich, ob er gesund oder krank ist, kommt zunächst in die völlig abgeschlossene liegende Quarantänestation. 14 Zimmer sind hier, dazu bestimmt, je einen der Kleinen Erdenbürger aufzunehmen. Sie sind mit Glaswänden umschlossen und mit je einem Bettchen und einer Badeeinrichtung ausgestattet. Wenn der Arzt festgestellt hat, daß jede Ansteckungsgefahr vermieden ist, wandert das kleine Geschöpf nach zwei bis drei Wochen in die eigentliche Säuglingsstation. In dieser Quarantänestation steht auch ein „Brutapparat“, der dazu bestimmt ist, die Kleinen Welen aufzunehmen, die nicht früh genug auf die Welt kommen konnten. Das Zimmer wird durch Dampf erwärmt, so daß für das junge Leben die notwendige Temperatur je nach den Anforderungen erzeugt werden kann. Die Zimmer der Säuglingsstation, die in nordöstlicher Saubereit glänzen, haben Fenster, die sämtlich nach Süden gelegen sind. Geräumige Viegelhallen sind ihnen vorgelagert. In jedem dieser Zimmer stehen 6 Betten. Zwischen je zwei dieser Räume sind zwei Badewannen eingebaut. Jede Abteilung hat ihr Schwesterzimmer, eine Leetische sowie einen Sammel- und Vorräumungsraum für Säuglingswäsche. Oft hört man Mütter klagen, daß ihr Säugling sie nicht zur Ruhe kommen lasse und daß die Nachbarn ihr die Hölle heiß machen wegen des Lärms, den ihr Kind verübt. Hier sind 130 Säuglinge vereinigt und trotzdem herrscht hier eine wohltuende Ruhe. Ohne den „Lärm“ und ohne Kricken liegen die Säuglinge flach in ihren Bettchen, leicht mit einem Handchen bedeckt. Durch die offene Fenster strömt ungehindert frische Luft durch die Zimmer. Bei schönem Wetter werden die Betten in die Viegelhallen geschoben. Die Proletariatskinder, die hier untergebracht sind, sehen rotbädig und munter aus. Man sieht ihnen die gute Pflege an und erkennt, daß auch die Unterbringung einwandfrei ist. Der leitende Arzt Professor Dr. Drgler feht seine ganze Tapferkeit ein, um die Anstalt in musterhaftiger Weise zu erhalten. Durch diese hier geschaffenen, geradezu idealen hygienischen Verhältnisse ist es gelungen, die Sterblichkeit der Säuglinge auf ein Minimum herabzudrücken, obwohl zwei Drittel von ihnen krank eingeliefert werden. Wenn man die Säuglinge, die schon in den ersten 24 Stunden nach der Enttfernung sterben, abrechnet, so hat das Heim eine Sterblichkeitsziffer von nur 2,6 Proz., während im allgemeinen in anderen Heimen die Sterblichkeit 9-10 Proz. beträgt.

Bei den Müttern.

In dem Heim sind ferner 40 Mütter untergebracht, die ihre eigenen Kinder stillen. Besondere Prämien aber sind dafür aus-

gesetzt, wenn sie Nahrung auch für andere Säuglinge hergeben. Die Mütter sind in schönen hellen Zimmern, getrennt von den Kindern, untergebracht. Sie erhalten neben der Anstaltskleidung volle Verpflegung unentgeltlich. Dafür müssen sie leichte Arbeiten übernehmen. Die Tagespflege betragen für Säuglinge mit Mutter 50 Pf., ohne Mutter 75 Pf.; für Frühgeburt bis zu 4 W., doch kann auch hier, den sozialen Verhältnissen entsprechend, der Tageslohn bis auf 75 Pf. herabgesetzt werden. Zumeilen übernimmt das Jugendamt die Kosten für solche, die unter keinen Umständen in der



Lage sind, selbst diese geringen Sätze zu zahlen. Die Mütter bleiben einige Monate, je nach dem Gesundheitszustand ihrer Kinder, in dem Heim. Die Säuglinge werden gewöhnlich ein Jahr lang hier gehalten, dann kommen sie in Privatpflege. Bemerkenswert ist, daß über das Betragen der Mütter in diesem Heim keinerlei Klage geführt wird, während in anderen Heimen solche Klagen an der Tagesordnung sind. Es mag das auch an dem Einfluß der Oberin liegen, der ein tiefes menschliches Verständnis nachgerühmt wird. Außer den bereits bestehenden vier Mutterberatungsstellen des Bezirks Neukölln werden auch im Heim selbst Sprechstunden für Mütter an jedem Mittwoch abgehalten.

Im unteren Stockwerk sind außer der Wäscherei eine Milchsterilisiermaschine, eine Kühlmaschine und eine Flaschensterilisiermaschine untergebracht. Im Laßgehoß liegen die Küchenräume. Dadurch wird den löstigen Küchenmädchen das Eindringen in die Anstalt verwehrt. Aufzüge sorgen für schnelle und einwandfreie Beförderung aller Materialien. Leider hat der Geldmangel bisher die Einrichtung einer Röntgenstation verhindert, und auch der Operationsaal ist noch unvollständig ausgerüstet. Hier bleibt noch einiges in der Zukunft zu tun. Wer dieses Heim besucht, gewinnt den Eindruck, daß durch die Errichtung und sachgemäße Leitung ähnlicher Anstalten viel Menschlichkeit gemildert werden könnte.

Ein paar Kirschchen.

Auf dem Astanischen Platz, unmittelbar vor dem Anhalter Bahnhof. Auto auf Auto fährt vor dem Bahnhof vor, viele Drohnen folgen. Privatequipagen, Reisende mit Kuffäden, Gepäckträger mit Keffern, und das alles drängt und schiebt sich in die große Bahnhofshalle hinein, die wie ein gewaltiger Schlund alles schnell aufsaugt. Auf den Gleisen unter dem hohen Glasdach stehen zwei lange D-Züge zur Abfahrt bereit, besetzt mit lachenden, fröhlichen Menschen, denn ihnen winkt Aufatmen, Erholungsaufenthalt im Gebirge oder im nordenstärkenden Wald. Auf dem Weg zum Bahnhof hat man sich Kirschchen gekauft, die der Händler in der Eile in schlecht schließende Tüten gepackt hat. Die Tüten fliegen über, und auf dem schnellen Gang über den Astanischen Platz nach dem Bahnhof und in den bald abfahrenden Zug fallen ein paar Kirschchen aus der Tüte auf die Erde, rollen in den Straßenschmutz, fallen in die Gasse, in der Lachen von schmutzigem Regenwasser stehen. Niemand kümmert sich darum, die Reisenden achten gar nicht des Verlustes, streben weiter und stürmen in die Bahnhofshalle, um den Zug nicht zu veräumen.

Eine halbe Stunde später. Vor dem Bahnhof ist es still und einsam. Die Züge mit den vielen Reisenden sind aus der Halle gerollert, und nun ist wieder ein paar Minuten Ruhe im Bahnbetrieb. Da schleicht über den Astanischen Platz ein etwa zehnjähriger Junge, die Blicke wie gebannt am Erdboden. Seine Kleidung ist von einer Armlosigkeit, daß sie auch den, der schon viel Armut und Elend gesehen, in Schreden setzt. Der Junge ist außerdem so elend und sieht so blaß aus, als ob er schon ein paar Tage im Grabe gelegen hätte. So schleicht er über den Platz und sucht, sucht... da hat er die Kirschchen in der schmutzigen Wasserlache entdeckt. Hastig bückt er sich, gierig greift er nach den verlorenen Früchten, trocknet sie an seiner Hose ab und will die Kirschchen in den Mund schieben. Nun tritt ein Herr dazwischen. Er verweist dem Kinde sein Vorhaben, hält ihm eine grobe Rede von gesundheitsgefährlichem Tun, Ansteckungsgefahr, unhygienischem Verhalten und was dergleichen erbauliche und schöne Redensarten mehr sind. Der Junge horcht erschrocken und verschüchtert auf, wirft die Kirschchen fort und trollt sich weiter wie ein verprügelter Hund. Der Herr aber geht hochherzigen Hauptes wie einer, der ein gutes Werk getan.

Die Szene hat ein anderer bemerkt, dem man ansieht, daß er wohl nicht soviel von Hygiene versteht wie der Herr mit der prachtvollen Predigt vorhin, daß er aber das Leben und die Praxis besser versteht und weiß, was not tut. Er geht eilig dem Kinde nach, klopf ihm auf die Schulter und sagt: „Na, nun weißt du, was man darf und nicht darf, und bist ebenso klug wie vorher! Hier hast du fünfzig Pfennig, geh' und kauf' dir Kirschchen!“ Damit verschwindet er schnell um die Ecke. Der Junge aber steht vor Erstaunen wie angewurzelt. Dann aber läuft er, das Fünzigpfennigstück in der kleinen Faust zum nächsten Händler, und sein Gesicht strahlt vor Bewunderung und Freude so hell auf, als habe man ihm eben alle Kostbarkeiten der Welt geschenkt.

Ein Berliner Messe-Amt. Die Arbeiten der Gemeinnützigen Berliner Messe-Ausbau-Gesellschaft haben in den letzten Wochen einen guten Fortgang erfahren, der seinen Ausdruck nunmehr auch in der Begründung des „Berliner Messe-Amtes“ gefunden hat. In einer vertraulichen Besprechung, an der die zuständigen Reichs- und Staatsbehörden, sowie Vertreter der zunächst beteiligten Industrien teilnahmen, erklärten der Reichswirtschaftsminister und der preussische Handelsminister ihre Zustimmung zu den Zielen des Berliner Messe-Amtes, und gaben ihr durch Zutritt in den Ehrenausdruck aus. Zum Direktor des Messe-Amtes ist der bisherige Verbandsvorstand Dr. Adolf Schick berufen worden. Die Räume befinden sich in Berlin SW 48, Friedrichstr. 225 (Telephon: Kollendorf 7687, 7888, 7889). Der Leitung des Messe-Amtes untersteht bereits die Messe der Schuh- und Lederwirtschaft, die vom 3. bis 6. August in Berlin stattfindet.

Die Rebellion.

Roman von Joseph Roth.

Das Dörrgemüse, das die anderen „Drahtverbau“ nannten, schmeckte ihm weniger. Dennoch leerte er den Teller. Er hatte dann das befriedigende Gefühl, eine Pflicht erfüllt zu haben, wie wenn er ein rostiges Gewehr blank gepulvert hätte. Er bedauerte, daß kein Unteroffizier kam, um die Geschirre zu kontrollieren. Sein Teller war sauber, wie sein Gewissen. Ein Sonnenstrahl fiel auf das Porzellan und es glänzte. Das nahm sich aus, wie ein offizielles Lob des Himmels.

Am Nachmittag kam die längst angekündigte Prinzessin Mathilde in einer Krankschwestertracht. Andreas, der in seiner Abteilung das Zimmerkommando führte, stand stramm an der Tür. Die Prinzessin gab ihm die Hand und er verneigte sich, wider Willen, obwohl er sich vorgenommen hatte, stramm zu bleiben. Seine Krücke fiel zu Boden, die Begleiterin der Prinzessin, Mathilde bückte sich und hob sie auf.

Die Prinzessin ging, hinter ihr die Oberschwester, der Oberarzt und der Pfleger. „Alle Rutte!“ sagte ein Mann von der zweiten Bette. „Unverschämte!“ schrie Andreas. Die anderen lachten. Andreas wurde zornig. Er befahl: Betten in Ordnung bringen, obwohl alle Decken sauber und vorchriftsmäßig dreimal gefaltet waren. Niemand rührte sich. Einige begannen, ihre Pfeifen zu stopfen.

Da kam der Gefreite Lang, ein Ingenieur, dem der rechte Arm fehlte und vor dem auch Andreas Respekt hatte und sagte: „Reg Dich nicht auf, Andreas, wir sind ja alle arme Teufel.“

Es wurde sehr still in der Borade; alle sahen den Ingenieur an, Land stand vor Andreas und sprach. Man wußte nicht, ob er zu Andreas oder zu den anderen oder auch nur für sich selbst sprach. Er blickte zum Fenster hinaus und sagte:

„Die Prinzessin Mathilde wird jetzt sehr zufrieden sein. Auch sie hat einen schweren Tag hinter sich. Sie besucht jeden Sonntag vier Krankenhäuser. Denn es gibt, müßt ihr wissen, schon mehr Krankenhäuser, als Prinzessinnen und mehr Kranke, als Gefunde. Auch die scheinbar Gefunden sind krank, viele wissen es nur nicht. Vielleicht machen sie bald Frieden.“

Einige räusperten sich. Der Mann in der zweiten Bette, der vorher „alte Rutte“ gesagt hatte, hustete laut. Andreas humpelte zu seinem Bett, nahm vom Kopfbrett eine Schachtel Zigaretten und rief den Ingenieur herbei. „Gute Zigarette, Herr Doktor!“ sagte Andreas. Er nannte den Ingenieur „Doktor“.

Lang sprach wie ein Heide, aber auch wie ein Geistlicher. Blicke, weil er so gebildet war. Aber immer hatte er recht.

Man hatte Lust, ihm zu widersprechen und fand keine Argumente. Er mußte recht haben, wenn man ihm nicht widersprechen konnte.

Am Abend lag der Ingenieur auf dem Bett in Kleidern und sagte: „Wenn die Grenzen wieder offen sind, fahre ich weit weg. Es wird nichts mehr zu holen sein in Europa.“

„Wenn wir nur den Krieg gewinnen,“ sagte Andreas.

„Alle werden ihn verlieren,“ erwiderte der Ingenieur. Andreas Bum verstand es nicht, aber nickte achtsam, als müßte er dem Lang recht geben.

Indessen nahm er sich vor, im Lande zu bleiben und künstlerische Postkarten in einem Museum zu verkaufen. Er sah ja ein, daß für Gebildete vielleicht kein Platz war. Sollte der Ingenieur etwa Parkwächter werden?

Andreas hatte keine Angehörigen. Wenn Andere Besuche empfangen, ging er hinaus und las ein Buch aus der Spitalsbibliothek. Er war oft nahe daran gewesen, zu heiraten. Aber die Furcht, daß er zu wenig verdiente, um eine Familie zu erhalten, hatte ihn gehindert, um Anny, die Köchin, die Näherin Amalie, das Kindermädchen Poldi anzuhalten.

Er war mit allen drei nur „gegangen“. Sein Beruf war allerdings auch nicht für junge Frauen. Andreas war Nachtwächter in einem Holzlager außerhalb der Stadt und nur einmal in der Woche frei. Seine eifersüchtige Natur hätte ihm die ruhige Freude am gewissenhaft ausgeführten Dienst gestört, oder diesen ganz unmöglich gemacht.

Einige schliefen und schnarchten. Der Ingenieur Lang las. „Soll ich abbrechen?“ fragte Andreas.

„Ja,“ sagte der Ingenieur und legte das Buch weg.

„Gute Nacht, Doktor,“ erwiderte Andreas. Er knippte das Licht ab. Er zog sich im Dunkeln aus. Seine Krücke lehnte an der Wand zur rechten Seite.

Andreas denkt, ehe er einschlief, an die Prothese, die ihm der Oberarzt versprochen hat. Es wird eine tadellose Prothese sein, wie sie der Hauptmann Hainig trägt. Man merkt gar nicht, daß ihm ein Bein fehlt. Der Hauptmann geht frei, ohne Stock durchs Zimmer, als hätte er nur ein kürzeres Bein. Die Prothesen sind eine großartige Erfindung der hohen Herren, der Regierung, die es sich wirklich etwas kosten läßt. Das muß man sagen.

2.

Die Prothese kam nicht. Statt ihrer kam die Unordnung, der Untergang, die Revolution. Andreas Bum beruhigte sich erst zwei Wochen später, nachdem er aus den Zeitungen, den Vorgängen, den Reden der Menschen entnommen hatte, daß auch in Republikanischen Regierungen über die Schicksale des Landes walteten. In den großen Städten schloß man auf die Empörer. Die heidnischen Spartakisten gaben keine Ruhe.

Wahrscheinlich wollten sie die Regierung abschaffen. Sie wußten nicht, was dann folgen würde. Sie waren schlecht oder töricht, sie wurden erschossen, es geschah ihnen recht. Gewöhnliche Menschen sollen sich nicht in die Angelegenheiten der Klugen mischen.

Man erwartete eine ärztliche Kommission. Sie hatte über den Bestand des Spitals, über die Arbeitsunfähigkeit, über die Verpflegung seiner Insassen zu entscheiden. Das Gerücht, aus anderen Krankenhäusern herüberflatternd, wollte wissen, daß nur die Jitterer bleiben würden. Alle anderen bekamen Geld und vielleicht eine Drehorgellizenz. Von einem Briefmarkenverschleiß, einer Wächterstelle in einem Post, in einem Museum könne keine Rede sein.

Andreas begann zu bedauern, daß er kein Jitterer war. Von den hundertsechshundfünfzig Kranken des Kriegsspitals Numero XXIV zitterte nur einer. Alle beneideten ihn. Er war ein Schmied, namens Boffi, italienischer Abkunft, schwarz, breitschultrig, finster. Sein Haar wuchs schwer über den Augen und drohte, sich über das ganze Angesicht auszubreiten, die schmale Stirn zu überwuchern und, die Wangen bedeckend, eine Vereinigung mit dem wilden Bart zu finden.

Boffis Krankheit milderte nicht die furchtbare Wirkung seiner körperlichen Gewalt, sondern vergrößerte seine Unheimlichkeit. Die schmale Stirn faltete sich und verschwand zwischen den buschigen Augenbrauen und dem Haaranfaß. So traten die grünen Augen hervor, der Bart bedte, man hörte die Zähne klappern. Die mächtigen Beine krümmten sich, doch sich die Kniekehlen innen bald berührten und bald auseinanderstrebten und die Schultern zuckten empor und fielen zurück, während der wuchtige Kopf in einem ständigen leisen, verneinenden Schütteln verharrte, wie man es bei kraftlosen Hauptern alter Frauen sieht. Die ununterbrochenen Bewegungen des Körpers hinderten den Schmied, deutlich zu sprechen. Er sprudelte halbe Sätze hervor, spuckte ein Wort aus, blieb eine Weile stumm und setzte wieder an. Daß ein so kräftiger, wilder Mann zittern mußte, ließ die allgemein bekannte Krankheit furchtbarer erscheinen, als sie war. Ein große Traurigkeit befahl jeden, der den zitternden Schmied sah. Er war wie ein schwankender Kolof auf unsicherem Grunde. Er hielt alle in der Erwartung seines bald erfolgenden Zusammenbruchs und brach dennoch nicht nieder. Unglaublich war, daß ein Mann von solchen Ausmaßen beständig wankte, ohne sich selbst und seine Umgebung erlösend, endgültig auseinanderzustürzen. Sogar die unglücklichsten Invaliden, die ein zerklüftes Rückgrat hatten, gerieten in Boffis Nähe in eine unüberwindlich endlose Furcht, wie man sie vor Katastrophen empfindet, die nicht eintreffen wollen und deren Ausbruch eine Erlösung wäre.

(Fortsetzung folgt.)

Zur Reform des Asyls für Obdachlose.

Der Sommer eilt seinem Ende zu. Nur wenige Monate noch und es kehrt der Winter mit Regen und Kälte wieder. Mit ihm kehrt aber auch die Ueberfüllung in das Asyl für Obdachlose ein. Etwa 2000 Menschen suchen das Haus in der Fröbelstraße jetzt im Sommer Nacht für Nacht auf. Im vorigen Winter sind es 5000 gewesen — wieviel werden es wohl im kommenden sein? Der „Vorwärts“ hat vor wenigen Monaten die bösen sanitären und sittlichen Zustände, die dort herrschen, nur annähernd erschöpfend geschildert. Er hat bei dieser Gelegenheit auch verschiedene Vorschläge zur Milderung der Verhältnisse gemacht. Was ist nun zu ihrer Verwirklichung geschehen? Vor einigen Tagen brachten die Zeitungen die Nachricht, Minister Severing habe in Begleitung des Kriminalkommissars Gennat das Asyl besucht. Offenbar steht dieser Besuch in Verbindung mit den im Asyl geplanten Reformen. Daß eine ganze Reihe von Reformen beabsichtigt sind, ist in der Presse berichtet worden. Die Asylisten sollen in Zukunft zur Arbeit angehalten werden, die Geschlechtskrankheiten soll fort und ihre Räume einer weit ausgebauten Wohlfahrtsstelle zur Verfügung gestellt werden. Man will den Versuch machen, wenn möglich, alle Reuankömmlinge durch Fürsorge zu befragen und diejenigen, denen noch zu helfen ist, moralisch durch Zuspruch und materiell durch Kleidung, Arbeit, Fahrkarten usw. zu stützen. So soll verhindert werden, daß Unerfahrene und mehr oder minder unberührte Menschen in den Sumpf des Asyls hineingezogen werden. Werden sich aber dazu die notwendigen Mittel finden? Es müssen Fürsorge angestellt werden, es müssen auch sonst Mittel zur Wohlfahrtsstätte vorhanden sein. Wo die hernehmen? Das Asyl, so wie es sich heute darstellt, ist ein sittlicher Infektionsherd. Die Insizierten tragen die Bazillen über das ganze Reich. Denn es gibt recht zweifellos ähnliche Obdachlosenasyll im Reich. Wäre es da nicht recht und billig, wenn Preußen und die Länder dem Asyl Zuschüsse zukommen ließen?

Der Sommer geht zu Ende — und in einer Beziehung ist die Zeit schon verpaßt. Neue Baracken sind nicht entstanden. Die Ueberfüllung der Schlafkale im Winter wird die geplante Wohlfahrtsarbeit unglaublich erschweren. Arbeit aber wird es in Hülle und Fülle geben. Den sozial empfindenden älteren jungen Menschen aus der Jugendbewegung bietet sich hier eine ungeahnte Möglichkeit, tiefe Einsicht in das soziale Elend unserer Zeit zu erhalten und helfend und aufrichtend zu wirken. Mögen sie sich doch bei der Wohlfahrtsstelle im Asyl melden. Da es sich hier z. T. um eine Abendtätigkeit handelt, wird sie auch vielen, die am Tage beschäftigt sind, möglich sein.

Auf der Suche nach Rebsdat.

Der Mörder der Frau Köster wahrscheinlich noch in Berlin.

Eine unjährende Fahndung nach dem Mörder der Frau Köster in der Reibnitzstraße, dem Polizeioberwachmeister Rebsdat, unternahm die Kriminalkommissare Geißel und Johannes Müller mit den Beamten der Nordkommission in Verbindung mit der Streifenbeamtschaft unter Kriminalkommissar Hermann in der Zeit vom Sonnabendmorgen bis zum Sonntagmorgen.

Es wurden besonders die Bahnhöfe von Groß-Berlin und alle Lokale der Stadtviertel abgesehen, in denen man den Flüchtigen vermutet. Das Ergebnis war die Feststellung, daß Rebsdat am Freitagabend noch in Berlin war und daß er wahrscheinlich auch jetzt noch hier ist. Bei dem Schankwirt in der Schönhauser Allee lebte am Freitagabend ein bis dahin unbekannter Gast ein. Er setzte sich an einen Tisch, zog eine Schrippe und einen Hering aus der Tasche und trank dazu ein Glas Bier. Mehrere andere Gäste, die dazukamen, trübten das Bier aus und veranlaßten diesen Mann, mitzuspielen. Der Unbekannte gewann wiederholt, verlor zu guter Letzt aber doch auch eine Lage und erklärte, daß er sie nicht bezahlen könne. Deshalb mußte er, als er aufbrach, seinen Hut zum Pfand lassen. Als nun die Kriminalbeamten, die mit dem neuesten Lichtbild des Verfolgteten versehen sind, dieses Pfand sahen, ergab sich, daß es ein grüner Hut ist, wie ihn Rebsdat zuletzt abwechselnd mit einer blauen Sportmütze trug. Die Wirtin und einige Gäste vom Freitagabend erkannten nach der Photographie Rebsdat in dem Mann wieder, der den Hut zurücklassen und ohne Kapfbedeckung gehen mußte. Die große Fahndung wird jetzt fortgesetzt. Daß Rebsdat kein Geld mehr gehabt haben sollte, um die verlorene Lage Bier zu bezahlen, ist kaum anzunehmen. Wahrscheinlich hat er sich gelohnt, von dem geraubten Silbergelde, etwas wechseln zu lassen. Der Mörder steht nach seinem neuesten Bild und der Beschreibung der Leute, die ihn jetzt haben, etwas anders aus als ein älteres Bild ihn darstellt. Sein dunkelbraunes, ursprünglich dichtes, krauses Haar ist schon gelichtet, das er nicht einen Anfang von Glatze, sondern eine fast vollständige Glatze und nur noch wenig Haar hat. Die Narbe am rechten Unterarm, auf die schon aufmerksam gemacht wurde, rührt, wie jetzt feststeht, von einer Schußverletzung her.

Polizisten und Alkoholisten.

Ein Vortrag vor Offizieren und Mannschaften.

Im ehemaligen Offizierskasino des Augusta-Regiments, von dessen fürstlichem Schmuck nur noch die Gardesterne aus Stud an der Decke übrig geblieben sind, in jenem Raum, in dem einst die „Edelsten der Nation“ dem Alkohol freudig übermäßig Opfer gebracht haben, hielt gestern nachmittags vor einer großen Anzahl von Offizieren, Ober- und Unterwachmeistern der Schupo Dr. Mehl aus Wien einen Vortrag über das ein wenig langweilige Thema: „Wie entwickelt sich infolge Alkoholgenußes jene Seelenförmigkeit, welche zu polizeilichen Interventionen Veranlassung geben?“

Der überaus lobenswerte Zweck seines Vortrags ging dahin, dem Polizisten das Wesen des Trinkers zu erklären, ihn aufzuklären, warum der einzelne unter dem Zwange des Alkohols die verschiedensten Straftaten begehen muß, und den Beamten endlich zu unterrichten über das Aussehen des Trinkers. Dr. Mehl betonte, daß Alkohol ein Gift und daß der Rausch eine akute Alkoholvergiftung ist. Der Betrunkene müsse verschiedene je nach seiner Individualität beurteilt werden. Der chronische Trinker weise ganz besonderes Gepräge verbotener Handlungen auf. Die Streikmacht des Trinkers, seine Unruhe und Unfähigkeit, die Veränderung im Verdauungssystem des Trinkers, alle diese Dinge wurden sehr eingehend behandelt, um dem Polizisten die leider viel zu wenig bekannte Tatsache einzuprägen, daß der Trinker ein kranker Mensch ist und unter allen Umständen auch von dem Straßenpolizisten und auf der Polizeiwache als krank angesehen und behandelt werden muß. Wenn auch die Statistiken, die Dr. Mehl brachte, sowie verschiedene Beispiele sich lediglich auf Wien bezogen, brachten sie doch auch genügend Beleuchtendes für Berlin. So erwähnte Dr. Mehl, um nur ein Beispiel herauszugreifen, daß in Wien, wenn der Straßenpolizist einen Betrunknen von der Straße auflesen und nach der Wache gebracht hat, in der Annahme, daß es sich um einen Betrunknen handle, immer erst der betreffende Polizeiarzt geholt werde, dem es obliege, genau festzustellen, ob der Betreffende nun wirklich infolge von Trunkenheit in besinnungslosen Zustand gefallen oder aber ob er nicht etwa durch einen Unfall auf der Straße, namentlich im Winter bei Schnee und Glätte, zu Fall gekommen und die Besinnung verloren habe. Man kann hieraus jedenfalls ersehen, daß die Wiener Polizei Schenke und Uniformität vermeidet, daß sie genau feststellen läßt, ob der Eingekerkerte einfach bis zum Morgen auf der Wache zu bleiben hat, von wo er

dann ernüchert und nach Feststellung der Personalien entlassen werden kann, oder ob er einem Krankenhaus zugewiesen werden muß. Eine Nachsicht dieser Vorleser ist auch in Berlin geboten.

Der Vortrag von Herrn Dr. Mehl war entschieden sehr unterrichtend. Ob aber die Ausführungen das erstemal bei den Zuhörern wirklich Nutzen gestiftet haben, muß bezweifelt werden, weil der Vortragende in der Annahme, ein akademisch vorgebildetes Publikum vor sich zu haben, häufig genug allzu gelehrig medizinisch und psychologisch verliert zu Werke ging. Die Aufklärung der Schupo-Beamten in dieser Richtung sollte aber, wenn auch in leicht verständlicher Form, sorgfältig werden.

Weil er mit ihr Arm in Arm gegangen.

Zuchthaus und Ehrlöschung für eine — Unwahrheit.

Traurige Familienverhältnisse entzifferte eine Meindeklage, die das Ferienrichteramt des Landgerichts II gegen den Architekten Karl A. beschlagnahmte. Die Angeklagte ist aus einer Anzeihe der geschiedenen Ehefrau des Angeklagten hervorgegangen. Es handelt sich hier um zwei zerrüttete Ehen, die geschieden worden sind. Weil der Angeklagte einmal unter Eid bestritten hatte, daß er mit einer befreundeten Frau Arm in Arm gegangen und weil das Gericht zu der Ueberzeugung gelangte, daß er doch mit der betreffenden Frau Arm in Arm gegangen sei, deshalb läßt die moderne Justiz es zu, daß die ganze Schwere der Zuchthausstrafe, mehr noch, der dauernden bürgerlichen Ehrlöschung auf das Haupt des Angeklagten herabsinkt. Es ist ein Urteil, das Aufsehen und Widerspruch erregen wird.

Karl A. war Verwalter eines Hauses, in dem auch der Kaufmann D. mit seiner Ehefrau wohnte. Zwischen A. und der Frau D. entwickelte sich ein freundschaftliches Verhältnis, das aber im weiteren Verlauf des Wirtstums des Ehepaars erwiderte. Schließlich kam es zu einer Ehescheidungsfrage. Gleichzeitig wurde auch von den Eheleuten A. ein Ehescheidungsverfahren eingeleitet, da diese Ehe sich schon seit Jahren unglücklich gestaltet hatte. In beiden Prozessen spielte das Verhältnis zwischen dem Architekten und der Kaufmannsfrau die Hauptrolle. Die D'sche Ehe wurde schließlich geschieden und Frau D. schuldig gesprochen. Die andere Ehe wurde wegen beiderseitigen Verschuldens ebenfalls geschieden. Während der letztere Prozeß noch schwebte, wurde A. in einem Zivilprozeß, den D. gegen seine ehemalige Frau wegen Herausgabe der Möbel anstrengt hatte, als Zeuge vernommen. Er behauptete dabei, daß er niemals intime Beziehungen zu Frau D. gehabt hätte. Ferner betonte er unter Eid, daß er, während der Ehescheidungsprozeß noch schwebte, mit Frau D. nie Arm in Arm gegangen sei und sie auch niemals gelüßt habe. Die Ehefrau A. hatte aber ihre Nebenbuhlerin auf Schritt und Tritt bewacht und für diese Ueberwachung auch noch ihre Tochter, ihre Schwester und deren Tochter, und sogar noch eine Freundin aus Ruppiner herangezogen. Auch den Sohn des Portiers des Hauses, in dem Frau D. wohnte, hatte sie schon für sich gewonnen. In allen möglichen Verleumdungen bestreiten sich diese Verfolger an die Ferkel der Frau D. Dabei wollen sie mit Beobachtungen gemacht haben, die zu den Befundungen A.'s vor Gericht in Widerspruch standen. In der Verhandlung bestritt der Angeklagte A. jegliches Verschulden. Die 18 Jahre alte Gattin A. erklärte, daß ihre Mutter sie einmal aufgefordert habe, sich mitanzusehen, wie ihr Vater sich mit einer anderen Frau treffe. Um sich unentgeltlich zu machen, hätten sie sich dazu verpflichtet. So habe sie mit angesehen, wie ihr Vater Frau D. von einem Café abholte und mit ihr Arm in Arm von dannen ging. Frau D. bestritt die Behauptungen der Zeuginen ebenfalls mit großer Entschiedenheit. Staatsanwalt Dr. Conrad hielt auf Grund der Beweisaufnahme für erwiesen, daß der Angeklagte Frau D. abgeholt hätte und auch mit ihr Arm in Arm gegangen sei. Es habe zweifellos ein Verhältnis zwischen ihnen bestanden, wenn es auch nicht erwiesen sei, daß es zu Intimitäten gekommen sei. Er beantragte gegen ihn die Mindeststrafe von einem Jahr Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust, erkannte aber auch auf die dauernde Unfähigkeit als Zeuge und Sachverständiger vor Gericht aufzutreten zu können. Rechtsanwalt Dr. Gollnit bezeichnete die Ehe der A.'schen Eheleute als eine zerrüttete. Bei der Untersuchung vor dem Kammergericht sei es dem Angeklagten in erster Reihe darauf angekommen, die ehelichen Beziehungen in Übereinstimmung zu stellen und er habe auf so harmlose Vorgänge, wie z. B. auf das Arm in Arm gehen usw., kein Gewicht gelegt. Wenn nun aber der Angeklagte nicht alibi freigesprochen werden könnte, so könne hier nur ein fahrlässiger Fallstrich vorliegen. Nach eingehendster Beratung kam das Gericht zu der Ueberzeugung, daß der Angeklagte A. in bezug auf den Punkt, daß er seit der Ehescheidung nicht mehr mit Frau D. Arm in Arm gegangen sei, wesentlich eine Unwahrheit gesagt habe. In bezug auf die anderen Punkte konnte das Gericht diese Ueberzeugung nicht gewinnen. Der Angeklagte war daher des wissentlichen Meineides schuldig und das Kammergericht verurteilte ihn unter Berücksichtigung aller Milderungsgründe zu der Mindeststrafe von 1 Jahr Zuchthaus, sowie zu drei Jahren Ehrverlust und der dauernden Unfähigkeit als Zeuge und Sachverständiger aufzutreten.

Vorsicht beim Pilzesammeln.

Die in den letzten Jahren beobachtete große Zahl von Pilzvergiftungen mahnt zur Vorsicht beim Einsammeln von Pilzen. Die meisten Unglücksfälle sind nicht — wie vielfach irrtümlich angenommen — auf den Genuß verdorbener, sondern giftiger Pilze zurückzuführen, die nicht auf den Märkten gefast, sondern von unglücklichen Personen gesammelt worden sind. Es kann nicht dringend genug gewarnt werden vor dem Einsammeln und dem Genuß von Pilzen, die dem Sammler nicht sicher als unschädlich bekannt sind. Ganz irrig ist die leider noch immer weit verbreitete Anschauung, daß es allgemein gültige Erkennungszeichen für schadhafte oder giftige Pilze gäbe, wie Mühseligkeit, niedrige Beschaffenheit des Hutes, Braunfärbung eines in das Pilzgericht eingelassenen silbernen Nadelstiftes, Veräufung einer mitgeschickten Zwiebel. Allein die genaue Kenntnis der besonderen Merkmale der einzelnen essbaren und giftigen Pilze schützt vor schädlichen Folgen. Zur Verbreitung solcher Kenntnis hat das Reichsgesundheitsamt die wichtigsten essbaren und die wichtigsten schädlichen Pilze in einem Pilzmerkblatt zusammengestellt, das eine Reihe von Zeichnungen und eine Tafel mit 34 farbigen Abbildungen enthält. Das jetzt in neuer, erweiterter Ausgabe im Verlage von Julius Springer — Berlin W. 9, Linstr. 23/24 —

Das Rundfunkprogramm.

Dienstag, den 29. Juli.

Tagesschau. Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vordörse. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht.

7.30 Uhr abends: Vortrag der Frau Frida Baumgart: „Meine Tochter lernt von mir kochen“. 9.—10 Uhr abends: Männerchor (bestehend aus ehemaligen Mitgliedern der Staatsoper). 1. Pilgerchor (Begrüßung darf nun) aus der Oper „Tannhäuser“ von Wagner. 2. Priesterchor aus der Oper „Zauberflöte“ von Mozart. 3. Jägerchor aus der Oper „Freischütz“ von C. M. v. Weber. 4. Adagio aus der A-moll-Sonate von Grieg (Otto Urack, Cello, Eugen Wiesner, Klavier). 5. Hymne an die Nacht, von Beethoven. 6. „Sonntag ist's“ von Breu. 7. „Heimkehr“ von Gelbke. 8. a) Träumerei von Schumann. b) Andante von Golttermann (Otto Urack, Cello, Eugen Wiesner, Klavier). 9. Trinklied aus der Oper „Die verkaufte Braut“ von Smetana. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportschichten.

erscheinende wohlfeile Pilzmerkblatt kann von dort oder im Wege des Buchhandels bezogen werden. Namentlich sind darin auch die Erkennungsmerkmale der Knollenblätterpilze, der gefährlichsten aller Giftpilze, angegeben und an farbigen Abbildungen erläutert. Auch sind diesen Pilzarten die ihnen ähnlichen essbaren Pilze gegenübergestellt.

Gaukonferenz der Arbeitsinvaliden.

Ein tragischer Zwischenfall.

Im „Altersheim“ Prenzlauer Berg tagte am Sonntag die Gaukonferenz Groß-Berlins des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen Deutschlands, zu der 70 Delegierte erschienen waren. Auf Krüden und an Stöcken gehend, verhärtet und jermüht waren die Invaliden und Witwen gekommen, um einen erschütternden Protest zu erheben. Protest dagegen, daß in Deutschland, angeblich dem „Land des Idealismus“ und dem „Land der sozialen Gerechtigkeit“, alle die, die in der Arbeit zuschanden, zu Invaliden, Krüppeln und Siechen geworden sind, ein erbärmliches Hunger- und Elendsdasein führen müssen.

Verbandsvorsitzender Kollege Matthes berichtete in einem Referat über die Anstrengungen des Zentralverbandes und über das mangelnde soziale Verständnis, das die Interessensvertretung der Invaliden bei der bürgerlichen Reichstagsmehrheit gefunden hat. Immer nur Worte des Bedauerns, denen keine Taten folgen. Die Anträge der Arbeiterparteien zwecks Verbesserung und Neuregelung zur Invaliden- und Unfallversicherung sind fast immer abgelehnt worden. Eine ganze Karat pro Monat habe man den Invalidenrentnern bewilligen zu können geglaubt, so daß die Invalidenrente ab 1. August statt 13 M. nunmehr 14 M. monatlich beträgt. Die Unfallverletzten und Hinterbliebenen sind gleichfalls auf das Schwerste benachteiligt, und auch hier muß endlich eine durchgreifende Besserung und Verbesserung der Rentenleistungen erfolgen. In der Diskussion kam durch die Kollegen Blasing, Weisel, Wolf, Müller, Gost, Heermann, Rohde die ungeheure Unzufriedenheit über den vorgenommenen sozialen Abbau zum Ausdruck. Ihre Ausführungen entzündeten die Erregung, die den Delegierten innewohnte. Anträge an den im September stattfindenden Verbandstag in Dresden wurden beraten und als Delegierte für Groß-Berlin die Kollegen Weisel, Lüneburg und Waltherr gewählt. Gegen Ende der Gaukonferenz trat ein tragischer Zwischenfall ein, der die ganze Tragik der Arbeitsinvaliden kennzeichnet. Der 81-jährige Gasarbeiter Ludwig Mittag brach plötzlich während der Verhandlungsleitung infolge Erschöpfung und Anstrengung zusammen und mußte von den Invaliden aus dem Saal getragen werden. Es stellte sich heraus, daß Kollege Mittag von einem schweren Schlaganfall betroffen worden war.

In einer scharfen Resolution, die am Schluß der Gaukonferenz einstimmig angenommen wurde, wird Protest gegen die unzulässige Behandlung der Sozialrentner und Hilfsbedürftigen durch die Reichstagsmehrheit und die Reichsregierung erhoben. Die Arbeitsinvaliden und -veteranen, die ein Leben voller, schwerster Arbeit hinter sich haben, müssen, so heißt es, die beschlossene monatliche Zulage von 1 M. (!) für 1½ Millionen Invalidenrentner, deren Erwerbsunfähigkeit mit mindestens 66½ Proz. behördlich festgestellt ist, geradezu als Lohn auf ihre verzweifelte Lage empfinden. Statt 43 Pfennig sehen diesen Schwerbeschädigten und Schwererwerbsbeschränkten jetzt 46 Pfennig täglich zur Verfügung. Es wird an die gesunde Arbeiterschaft appelliert, durch ihre beruflichen Organe, Gewerkschaften usw., auch für die Arbeitsinvaliden und -veteranen die Verdoppelung der Rentenleistungen zu verlangen. Die Lage der Unfallverletzten und Hinterbliebenen ist ebenfalls eine verzweifelte, und auch für sie wird ein gerechter Ausgleich gefordert.

Versuch eines Attentats auf einen D-Zug.

Die Straße Berlin, Körlitz, die schon einmal vor Jahren bei der Station Schleife in der Nähe von Spremberg der Schauplatz eines der fürchterlichsten deutschen Eisenbahnunfälle gewesen, hätte um ein Haar, und zwar auf der Straße Berlin-Körlitz in der Nähe von Lübben, abermals ein in seinen Folgen gar nicht abzumessendes Unheil gesehen. Zwischen den Bahnhöfen Brand und Schönwalde waren zwei große eiserne Platten, die ein Gewicht von je einem Zentner hatten, und mehrere schwere Steine auf die Schienen gelegt. Die Täter hatten es auf den D-Zug D. 191 aus Berlin abgesehen, der aber eine kurze Verpätung auszuweisen hatte. Aus diesem Grunde passierte zuerst der Güterzug 6941 die Strecke. Nur diesem Umstande ist es zu danken, daß ein schweres Unglück verhütet wurde. Durch die Weitesgegenwart des Lokomotivführers des Güterzuges wurde der Zug rechtzeitig zum Stehen gebracht. Die Staatsanwaltschaft hat sich sofort der Angelegenheit bemächtigt und die Polizei entsandte ein Aufgebot von Feldjägern. Hunde nahmen eine Spur nach einem in der Nähe liegenden Gebüsch auf. Hier hatten sich die Täter versteckt gehalten und auf die Folgen ihres Anschlages gewartet und sind dann im Dicht des Waldes verschwunden.

Dörr aus der Haft entlassen.

Der Führer der kommunistischen Fraktion im Berliner Stadtparlament, Stadtverordneter Dörr, gegen den ein Hochverratsverfahren eingeleitet worden war, ist jetzt auf Anweisung des Staatsgerichtshofs wieder aus dem Berliner Untersuchungsgefängnis entlassen worden. Es handelte sich bei dem Verfahren um einen Ende April d. J. in der „Roten Fahne“ erschienenen Artikel, für den Dörr verantwortlich gemacht wurde, weil er in der betreffenden Nummer des kommunistischen Blattes als verantwortlicher Redakteur aufgeführt war. Inzwischen hat aber Dörr den Beweis dafür angetreten, daß er zurzeit des Erscheinens des betreffenden Artikels bereits aus dem Redaktionsverband der „Roten Fahne“ ausgeschieden war und daß seine Anführung als verantwortlicher Redakteur ohne sein Wissen erfolgte.

Ueberfallene Polizeibeamte.

In der Sonntagsnacht um 11 Uhr wurde der Polizeioberwachmeister Sch. vom Kevier 144 während eines Streifganges durch die Wilhelmstraße durch fünf unerkannt entkommene Burschen, die er zur Ruhe ermahnt hatte, niedergeschlagen. Einer der Täter warf sich auf ihn und trieb ihm auf der Brust, wobei er ihn mit seinen Fäusten bearbeitete. Schließlich gelang es Sch., sich zu befreien und den Angreifer durch zwei Hiebe mit dem Seitengewehr unschädlich zu machen. Darauf ergriffen die Burschen die Flucht und entkamen. Einen harten Kampf hatte in derselben Nacht der Polizeioberwachmeister B. zu bestehen. Als er auf einem Streifgange den Helmhofplatz passierte, wurde er von einer Horde junger Burschen überfallen, nachdem er sie wegen groben Unflugs zurückschrien hatte. In der Notwehr machte er von seinem Seitengewehr und auch von seiner Pistole Gebrauch. Mehrere der Angreifer sind durch Schläge mit der Hiebwaaffe verletzt worden, zwei derselben konnten festgenommen werden. Der Beamte selbst hat Kratzenwunden und durch Fußtritte hervorgerufene schmerzhaft Anschwellungen davongetragen.

Bei Einzahlungen auf Jahrskarten und Rentenmarktpostanweisungen sowie bei Einlösung von Nachnahmen und Postaufträgen, die auf Rentenmarktlauten, werden von den Postanstalten fortan bis auf weiteres Beträge bis 50 Rentenmark für jede einzelne Jahrskarte oder Rentenmarktpostanweisung auch in Reichsbanknoten oder anderen Zahlungsmitteln, die zu Zahlungen an Poststellen zugelassen sind, entgegengenommen. Warum wird denn überhaupt noch ein Unterschied zwischen den Zahlungsmitteln gemacht?

Zeugen gesucht: Reichstag 1920. Die beiden Arbeiter-Samariter 1920, in Reutlitz wohnhaft, welche am Tage der Demonstration vor dem Reichstag am 18. Januar 1920 einem Schwerverwundeten die erste Hilfe gebracht und nach der Klinik in der Fiegelstraße transportierten, denselben dort auch einmal besuchten, werden dringend gebeten, ihre Adresse an Richard Eißholz, Dahlwitz-Hoppegarten, Siedlung Birkenstein, P. 79, gelangen zu lassen.

Konzerte auf öffentlichen Plätzen im Bezirk Wedding finden in nächster Zeit an folgenden Tagen statt: Am 1. und 8. August, abends 7 Uhr, im Schillerpark, am 2. August, abends 7 Uhr, auf dem Sportplatz. Die Konzerte werden ausgeführt von Vereinen des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes.

Kunstgemeinde Reutlitz. Neuanmeldungen zur Kunstgemeinde und Umlauf der alten Mitgliederkarten muß baldigst erfolgen, da bereits am 7. September das Volksbildungsamt Reutlitz den Winterplan mit Wagners „Der fliegende Holländer“ eröffnet. Folgende Jahreshellen nehmen Neuanmeldungen entgegen und tauschen alte Karten um: Volksbildungsamt Reutlitz; Orlitzsche Brigg; Leudner, Kottbuser Damm 96; Städtisches Volkstheater, Kaiser-Friedrich-Str. 8; Lindner, Kaiser-Friedrich-Str. 36/37; Eichardt, Siedlung, Einhornstr. 9; Sading, Bergr. 43; Warenhaus Hotel, Berliner Straße; Wörner, Hermannstr. 14; Roesert, Hermannstr. 69; Stadtgeschäft II, Hermannstr. 95.

Wieder ein Seilbruch.

Sechs Bergleute tödlich verunglückt.

Die Leben der Bergarbeiter scheinen bereits wieder billig wie Brombeeren zu werden. Vor etwa zwei Wochen mußten infolge eines Explosionsunglücks auf der Zeche Bonifatius 6 Bergarbeiter ihr Leben lassen. Am Donnerstag voriger Woche fanden auf der Zeche Auguste Viktoria in Hüls bei Recklinghausen infolge Seilbruchs 4 Bergleute den Tod. Soeben teilt nun das preussische Oberbergamt aus Dortmund mit, daß abermals, und zwar auf Zeche 4 der Gewerkschaft Friedrich Thissen in Hamborn am 28. Juli, nachmittags 2 Uhr, zu Beginn der regelmäßigen Einfahrt das Förderseil der Rebenförderung von der 5. nach der 6. Sohle gerissen ist. Beide Körbe, von denen nur einer besetzt war, sind abgestürzt. Hierbei sind sechs Mann tödlich verunglückt. Das preussische Handelsministerium teilt amtlich mit, die Bergämter und Oberbergämter anzuspornen, in den Zechen nach dem Rechten zu sehen. Wenn zweimal kurz hintereinander Seilbruch gemeldet wird, dann scheint doch allerlei im argen zu liegen.

Immer neue Opfer Haarmanns?

Seit einigen Jahren wird ein Glauchauer Bürger vermisst, den Spuren in die Nähe von Hannover führen. Es liegt der Verdacht nahe, daß der Betreffende ein Opfer des Massenmörders Haarmann geworden ist. Auch das Verschwinden junger Leute aus Hohenstein-Ernstthal und Umgegend wird mit den Morden Haarmanns in Verbindung gebracht.

Der Brand im Wiener Olympia-Zirkus. In Wien wurde der ehemalige Zirkusdirektor Martin Heiß unter dem dringenden Verdacht verhaftet, an dem verheerenden Brand, der in der letzten Nacht den Zirkus Olympia eingeäschert hat, Schuld zu tragen. Es kann zwar als sicher gelten, daß Direktor Heiß nicht selbst als Brandstifter in Betracht kommt, weil er zur gleichen Zeit in einem Gasthause weilte, dagegen ist der Verdacht aufgetaucht, daß er durch Mittelspersonen den Brand legen ließ. Als Brandstifter werden der entlassene Nachtwächter Kellner sowie ein entlassener Arbeiter bezichtigt. Der Zirkus war mit 800 Millionen und das Inventar mit 120 Millionen versichert.

64 Schulkinder bei einem Schulschuss getötet. Infolge der Heberschwemmungen ist, wie aus Madras (Indien) gemeldet wird, eine Knabenschule in Cherukuruthy im Staate Cochin eingestürzt. Ein Lehrer und 64 Schüler wurden getötet, zahlreiche Schüler verletzt.

Autounglück bei Strehlen. Ein schweres Automobilunglück ereignete sich am Sonntagmittag auf der Landstraße zwischen Eisenberg und Zützenhof. Der Wagen, ein schwerer 45pferdiger Daimler, der dem Obergeringieur Müller aus Weuthen D/S. gehörte und mit sechs Personen besetzt war, schlug bei einer Kurve mit dem hinteren Teil gegen einen starken Birkenbaum. Eine Insassin, die Schwägerin des Obergeringieurs Müller, war auf der Stelle tot. Die übrigen Insassen sind mehr oder minder schwer verletzt. Der Wagen ging total in Trümmer. Das Auto hatte nach Angabe von Augenzeugen ein übermäßiges Fahrtempo.

Dresden verbilligt Gas und Elektrizität. Die Dresdener Stadtverwaltung teilt mit: Die gegenwärtigen Schwierigkeiten im Wirtschaftsleben fordern gebieterisch eine allgemeine Preisermäßigung, damit einerseits die Lebenshaltung im Inland verbilligt und andererseits die deutsche Industrie für die Ausfuhr wieder konkurrenzfähig wird. Um ihrerseits an diesem Ziel mitzuwirken, haben sich die städtischen Werke entschlossen, die Gaspreise um 10 Proz., also von 20 auf 18 P., und die Einheitsstrompreise von 48 auf 45 P. herabzusetzen.

Die Leichen zweier deutscher Touristen geborgen. Wie aus Innsbruck gemeldet wird, sind in den letzten Tagen die Leichen zweier deutscher Touristen, die von der Südwand des großen Bettelmurkes abgestürzt waren, zu Tale gebracht worden.

Große Feuersbrunst in Saloniki. Die Stadt Saloniki wurde von einer großen Feuersbrunst heimgesucht. Das ganze Stadtviertel Bardare ist niedergebrannt. Mehrere Tabakfabriken sind vernichtet. Der Schaden beträgt mehrere Millionen Dollar.

Wetter für Berlin und Umgegend. Aufwärts noch ziemlich heiter, zunehmende Bewölkung mit geringen Regenfällen bei wenig gedrückten Temperaturen. — Für Deutschland. Im Westen vielfach leichte Regenfälle, im Osten noch zeitweise heiter.

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.		Röstgetreide, lose	
Gerstengraupen, lose	16,00—20,00	Kakao, fettarm	75,00—85,00
Ostergewürze, lose	15,00—16,00	Kakao, leicht entölt	86,00—100,00
Haferflocken, lose	15,50—17,00	Tee, Souchon, gepackt	350,00—430,00
Hafergrütze, lose	18,00—19,00	Tee, indischer, gepackt	425,00—500,00
Roggenmehl 0/1	13,00—14,00	Inlandszucker basis mel	37,50—39,00
Weizenmehl	18,50—19,75	Inlandszucker Raffinade	38,50—41,50
Hafermehl	21,75—24,25	Zucker Würfel	42,50—46,00
70% Weizenmehl	15,25—17,25	Kunsthoop	23,00—32,00
Weizen-Auszugmehl	18,00—22,50	Zuckersirup hell in Einm	38,00—43,00
Speiseerbsen, Victoria	12,25—15,50	Speisesirup dunkl. in Einm	25,00—29,00
Speiseerbsen, kleine	8,75—11,75	Marmelade Einfr. Erdb	80,00—95,00
Bohnen, weiße, 1-eri	20,00—24,00	Marmelade Vierfrucht	35,00—40,00
Langbohnen, handverles	27,00—30,50	Pflaumenmus in Eimern	33,00—38,00
Linzen, kleine	20,00—25,50	Steinsalz, lose	3,10—3,70
Linzen, mittel	21,00—27,50	Siedesalz, lose	4,00—4,70
Linzen, große	29,00—46,00	Bratenschmalz in Tierces	76,50—77,50
Kartoffelmehl	18,75—20,50	Purelard in Tierces	75,50—79,00
Makkaroni	36,00—42,00	Purelard in Kisten	76,50—78,00
Makkaronimehl	33,00—35,00	Speisetalg in Packung	49,00—52,00
Schnittmüden, lose	15,00—16,25	Speisetalg in Kisten	48,00—50,00
Bruchreis	14,50—15,75	Margarine, Handelsm. I	60,00—
Rangoon Reis	15,50—17,00	desgl. II	54,00—57,00
Tafelreis, glasirt, Patna	23,25—31,50	Margarine, Spezialm. I	76,00—
Tafelreis, Java	30,00—36,00	desgl. II	63,00—65,00
Ringapfel, amerik.	78,00—87,00	Margarine III	46,00—50,00
Getr. Pflaumen 90/100	40,00—43,00	Moikereibutter I. Fässern	176,00—186,00
Pflaumen, entsteint	30,00—35,00	Moikereibutter in Pack	182,00—190,00
Cal. Pflaumen 40/50	60,00—	Landbutter	—
Rosinen in Kisten, Candia	70,00—75,00	Auslandbutter in Fässern	190,00—201,00
Korinthen, choice	65,00—70,00	Corned beef 12 1/2 lbs p. K	33,00—37,00
Mandeln, süße Bari	155,00—158,00	Aust. Speck, geräuchert	72,00—78,00
Mandeln, bittere Bari	145,00—152,00	Quadratkäse	23,00—38,00
Zimt (Cassia)	106,00—115,00	Tilsiter Käse, vollfett	100,00—110,00
Kümmel, holländischer	65,00—70,00	Bayr. Emmenthaler	160,00—170,00
Schwarzer Pfeffer Singap.	97,00—108,00	Echter Emmenthaler	178,00—183,00
Weißer Pfeffer	140,00—145,00	Aust. ungesüß. Condensmilch 48/16	20,50—23,25
Rohkaffee Brasil	190,00—215,00	Inländische desgl. 48/12	16,50—17,50
Rohkaffee Zentralamerika	220,00—285,00	inl. gez. Condensm. 48/14	26,00—26,50
Rohkaffee Brasil	230,00—280,00		
Rohkaffee Zentralam.	300,00—375,00		

Jugendveranstaltungen.

Heute, Dienstag, den 29. Juli, abends 7 1/2 Uhr.
Esperio. Stadt Jugendheim, Grünauer Straße 5, Vortrag: „GK und Militarismus“. — **Geländebrennen II.** Jugendheim Pant. Gde. Wiesenhöhe. Diskussion: „Demokratie über Diktatur“. — **Marxistischer Klub.** Gde. Wiesenhöhe. Vortrag: „Arbeiterbewegung“. — **Reutlitz III.** Saarnthim, Saarnthimstr. 56. Vortrag: „Einführung in die Volkswirtschaft“. — **Reutlitz IV.** Jugendheim Saarnthimstr. 44. Vortrag: „Arbeiterbewegung“. — **Karlsberg.** Lokal von Reutlitz. Garmen-Straße Gde. Wiesenhöhe. Vortrag: „Volkswirtschaft“. — **Preuss. Arbeiterklub.** Saarnthim, Saarnthimstr. 56. Diskussion: „Was haben uns die Jahre 1914 bis 1918 gebracht“. — **Schwabitz II.** Frankfurterstr. 10. Vortrag: „Reichsverfassung II“. — **Stellen.** Saarnthimstr. 56. Diskussion: „1914 bis 1924“.

Wähnung. Jugendheim Pant. Gde. Wiesenhöhe werden wegen der Fahrpreisermäßigung nach Jugendheim Pant. Gde. Wiesenhöhe, welche am Freitag, den 1. August, nachmittags 4 1/2 Uhr mittags stattfinden. Redung (aktuelles Mittwoh, den 30. d. M., abends im Jugendheim Pant. Gde. Wiesenhöhe).

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
 Geschäftsstelle: Berlin C. 2, Kaiser-Wilhelm-Straße 46 III.
Kameradschaft „Leibniz“, am Dienstag, den 29. Juli, 8 Uhr abends, bei Sänoroc, Reihendof-Witte, Potsdamer Straße 3 (am Markt). Mitgliederversammlung. Wichtige Beschlüsse über die Verfassungsgüter. — **Kameradschaft 17 (Reihendof)**, Mittwoch, den 30. Juli 1924, abends 7 30 Uhr. Anreiten Bahnhof Wittenberg-Friedrichsstraße. — **Kameradschaft „Kaukasus“**, Mittwoch, den 30. Juli 1924, abends 8 Uhr. Anreiten Bahnhof Reutlitz. — **Deutscher Freisinn und Jugendgruppe**. Am Donnerstag, den 1. August, abends 7 1/2 Uhr. Lokal Stephan, Reutlitz, Garmenstraße 1. Mitgliederversammlung. Tagesordnung: „Unsere Verfassungsfeier“. — **Politikalisches Erscheinen in Pflicht**. Republikaner als Gäste willkommen. — **Kameradschaft „Christenbourg“**, Donnerstag, den 1. August, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant Wilhelmshof, Berliner Straße. Eingang Garmenstraße. Kameradschaftsversammlung. Vortrag: „Erscheinen in Pflicht“. — **Kameradschaft „Friedrich-Lauer Berg“**, Jugendgruppe, 8 Uhr. Schulhof Garmenstraße 4. Tagesausgabe. Dienstag, den 29. Juli 1924. — **Kameradschaft „Tempelhof“ (Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde, Wittenberg)**, Versammlung am 1. August, im Restaurant „Zur Linde“, Tempelhof, Friedrich-Karl-Gde. Werderstraße, abends 8 Uhr. Republikaner als Gäste willkommen. — **Kameradschaft 19 „Panzer“**, Freitag, den 1. August, abends 7 45 Uhr. Mitgliederversammlung. Pantof. „Türkisches Fest“ bei Vater. Tagesausgabe. Erscheinen in Pflicht. — **Kameradschaft „Wilmersdorf“**, Sonnabend, den 2. August, abends 8 Uhr. Versammlung in „Augusta-Hof“, Wilmersdorf, Augustastraße 1 (Gde. Berliner Straße). Erscheinen in Pflicht. Republikaner als Gäste willkommen. — **Jugendkameradschaft „Obersee“**, Dienstag, den 29. Juli, 8 Uhr. Appell Bahnhof Niederschöneweide, Hauptingasse. Die Ausführe treffen sich bereits um 7 Uhr im Jugendheim Niederschöneweide.

Männerchor Harmonie Charlottenburg. Die Mitglieder nehmen am Mittwoch abend an der öffentlichen Versammlung der 86. Abteilung teil. 7 1/2 Uhr: Aula Volkshaus. — Dienstag abend Treffpunkt 7 1/2 Uebel-Park.

Sport.

Die Reichswehr von Deutschland im Radrennen über einen Kilometer gewann im Köhler Stadion Olympia Berlin gegen Kobach-Röll, Walter Ritt jr., Berlin (Dritter) und Graue-Berlin (Vierter). — **Die Reichswehr von Deutschland über 25 Kilometer** fiel an Riethe-Röll gegen Krever-Röll (Zweiter) und Ritt jr. (Dritter).

Briefkasten der Redaktion.

H. E. G. Die Befolgung erfolgt aus den Aufträgen des Staates und den Eltern. — **Heilberg.** Zur neuen Arbeitsordnung verlegt, die darüber Bestimmungen enthält. 2. Teil. Es ist zu erwarten, dass die Befolgung der Bestimmungen, die am 1. Juli 1924, 1. Staatsgesetz 222, des Reichsamt Wedding, Greinerstraße 11, 2. Die Orte a und c haben selbst Amtsanträge; Heilberg gehört zum Amtsgericht Birna. — **H. E. G.** 1. Die Frage ist für Sie und das Kind wünschenswert. — **H. E. G.** 1. Die Frage ist für Sie und das Kind wünschenswert. 2. Unter Umständen ja. Am liebsten wäre es, wenn Sie die Kosten gegen Ihren Bruder die Unterhaltspflicht erheben würde. 3. Lassen Sie sich die Wohnung von Ihrem Vater vermieten. — **H. E. G.** 1. Die Frage ist sehr zweifelhaft. Dem Standpunkt des Räteingangsamtes können wir uns nicht ohne weiteres anschließen. Nach der Bekanntmachung des Reichsamt Wedding in der vom 1. Juli d. S. ab geltenden Fassung ist der Vermieter berechtigt, das Wohnungsmietverhältnis, danach wäre der Hauswirt im Recht. Vielleicht ist eine Verhängung mit dem Hauswirt möglich. 2. Aus der gesetzlichen Höhe sind sämtliche öffentliche Steuern zu entrichten. Zur Umlegung der Haussteuer ist daher der Hauswirt nicht berechtigt.

Urteilen Sie selbst!

Kleine Massary 2 1/2

CAID Gold 3 1/2

Jetzt auch die altberühmte

Massary-Classe

→ RUND * DICK ←

in unveränderter Güte

ROAL extra dick 5 1/2

DEIFT GOLD 6 1/2

Urteilen Sie selbst!

Krieg dem Kriege!

Ein Aufruf der großen Arbeiterinternationale.

Der Internationale Gewerkschaftsbund (Amsterdam), die Sozialistische Arbeiterinternationale (London) und die Sozialistische Jugendinternationale (Berlin) erlassen zum zehnten Jahrestage des Kriegsbeginns einen gemeinsamen Aufruf an die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder, in dem es heißt:

„Erinnert Euch an die Zeit, als der große Krieg begann! Blickt zehn Jahre zurück! Erinnert Euch vor allem an die ersten Tage und Wochen, wo Ihr noch nicht wußtet, was Ihr später in Schmerzen und Qualen erfahren habt. Erinnert Euch an die Begeisterung für den Krieg, die in jenen Tagen die Massen ergrieff. Erinnert Euch, mit wie vollendeter Kunst sie von den Zeitungen in allen Ländern geführt wurde.“

Nicht um Euch zu tadeln, nicht um Euch zu kränken, erinnern wir Euch an die damalige Kriegsbegeisterung, sondern um Euch zu fragen, ob sich unheilvolles Nichtverstehen noch einmal vorformen darf.

Millionen ruhen in den Gräbern; Millionen Krüppel leben unter uns; Millionen Kinder werden ihr Lebenlang den Stempel der „großen Zeit“ tragen; Millionen sind arbeitslos; Millionen dornen und hungern. Noch sind die Ruinen nicht aufgebaut, noch ist die Wirtschaft nicht im Gang; noch sieht jeder, der sehen will, die Verwundungen des Krieges.

Aber schon wogen sich die Kriegsbeher wieder hervor. Sie spekulieren auf die

Vergeßlichkeit der Menschen.

Ludendorff und Poincaré wurden in diesem Jahre bei den Wahlen geschlagen. Aber täuschen wir uns nicht: je mehr Zeit vergeht, um so leichter wird es wieder, Kriegsstimmung zu erzeugen. Und daher rufen wir Euch auf, benützet dieses Gedächtnisjahr des Kriegsbeginns, um die Erinnerung zu wecken an alle Grauel, die wir erlebt, um das Bewußtsein zu festigen, daß nie wieder Krieg sein darf!

Aber das Gefühl des Abscheus vor dem Krieg genügt nicht, die Völker müssen zur Erkenntnis der Ursachen der Kriege kommen, um sie zu beseitigen.

Und deshalb genügt es uns nicht, die Verbrecher, deren Schuld in ihren eigenen amtlichen Dokumenten zweifelsfrei klargestellt ist, zu verurteilen, sondern wir müssen eine Weltordnung beschaffen, die immer wieder Kriegsverbrecher erzeugt, die uns ständig mit allem Unheil der Barbarei bedroht.

Während des Krieges verkündete man, daß gekämpft werde, damit dieser Krieg der letzte Krieg sei. Wir sehen jedoch, daß der Militarismus immer neue Kraft gewinnt. Den Besiegten ist es zwar verboten, aber unter den ehemals verbündeten Siegern kommt das

Weltkräften zu nie gekannter Blüte.

Und damit bleibt die Gefahr kriegerischer Explosionen so groß wie nur jemals.

Im Krieg verkündete man, daß sein Ergebnis der Völkerbund sein werde, der künftig Kriege unmöglich machen werde.

Aber wie weit entfernt ist die Organisation, die heute diesen Namen trägt, von der Verwirklichung des großen Gedankens der friedlichen Organisation der Welt. Wir fordern, daß in den Völkerbund alle Staaten aufgenommen werden, daß er ein Instrument der Völker und nicht der Regierungen werde. Wir wollen keine Gelegenheit der Verständigung unbenützt und unverzucht lassen. Aber wir wissen: das kapitalistische Interesse kommt immer wieder in Widerspruch mit der friedlichen Organisation der Welt. Und daher wird die Kriegsgefahr bestehen, solange die kapitalistische Gesellschaftsordnung besteht.

Wir wollen arbeiten gegen die Kriegsgegnung, gegen die Geheimdiplomatie, für allgemeine Abrüstung, für friedliche Verständigung und internationale Schiedsgerichte, wir wollen alle Kräfte organisieren in unseren Gewerkschaften und Genossenschaften, in unseren politischen Organisationen, in den Parlamenten, in den Institutionen des Völkerbundes und überall, wo wir uns geltend machen können. Wir wollen uns international zusammenschließen, um den

internationalen Abwehrkampf in allen Formen

bis zum Generalfreistrit vorzubereiten. Aber wir wissen, daß alles dies nur die Kriegsgefahr einschränkt, sie nicht beseitigt.

Solange der ungeheuerliche Machtapparat des Militarismus besteht, solange kapitalistische Mächte die Möglichkeit haben, diesen Machtapparat in Bewegung zu setzen, solange werden die arbeitenden Menschen das Opfer von Kriegen sein. Physische Gewalt, ökonomischer Druck und nicht zuletzt zielbewußte Stimmungsmache für den Krieg werden den Massen immer wieder die Waffen in die Hand drücken, sie auch gegen ihren Willen zu blinden Werkzeugen der Kriegsinteressen machen. Die persönliche Kriegsdienstverweigerung wird stets eine eindrucksvolle Demonstration sein, nicht aber als Massenerscheinung den Gang des Verhängnisses wirklich hemmen können.

Daher gibt es keinen Weg, als die Kriegsmöglichkeit mit der Wurzel auszurotten; wir müssen die kapitalistische Gesellschaftsordnung beseitigen. Die Herrschaft der Arbeiter in allen Ländern wird nicht nur das Ende der Ausbeutung, sondern auch das Ende der Kriege sein.

Deshalb rufen wir Euch auf, in gewaltigen Demonstrationen der Menschheit zum Bewußtsein zu bringen, daß sie noch immer an demselben Abgrund des Wahnsinns und Verbrechens steht wie im Juli 1914.

Gedenket des großen Vorkämpfers des Weltfriedens und der sozialistischen Gesellschaftsordnung; gedenket Jean Jaurès, des ersten Opfers im Weltkrieg!

Gedenket der tausende und tausende treuer Genossen, die uns entziffen wurden; gedenket der tausende Krüppel, die ihre Arbeitsfähigkeit verloren; gedenket der Weiden der Frauen und Kinder!

Denket Arbeiter und Arbeiterinnen und vor allem auch Ihr Jugendgenossen an Eure große geschichtliche Aufgabe, und gelobet, daß ihr nicht erlahmen wollt im Krieg gegen den Krieg!

Zeit verteilt, während der die Teilzahlungen im großen und ganzen fällig werden.

Ob dieses Vorgehen berechtigt war oder nicht, soll hier nicht weiter untersucht werden, denn es ist sehr wohl denkbar, daß der Gesamtbetrag, der eine Art Kapitalbelastung darstellte, auf eine viel längere Zeit ausgeteilt werden konnte. Der Zechenverband hat zu dem einfachen und bestehenden Mittel des Preisauflags gegriffen. In der Juni-Berechnung hat nun der Zechenverband „zur Abdeckung dieses Betrages“ die Abfahrende Kohle erneut mit 3,11 Goldmark belastet. Hierzu liegt jetzt keine Berechtigung mehr vor. Wir haben nachgewiesen, daß über 24 Millionen Tonnen Kohle vom 1. Dezember 1923 bis 30. Juni 1924 abgefahrt sein müssen, deren jede mit 3 M. belastet wurde zur Aufbringung des Betrages der rückliegenden Kohlensteuer. Nehmen wir die errechnete Abfahrfähigkeit für die genannte Zeit, dann ergibt sich folgende Einnahme: 24 188 700 × 3 = 72 566 100 Mark. Benötigt wurden aber nur 63 Millionen Mark, während eingegangen sind 72,56 Millionen Mark. Der Ueberschuß von 9,56 Millionen Mark ergibt klipp und klar, daß der Zechenverband keine Berechtigung mehr hat, die abgefahrene Kohle im Juni noch weiter mit 3,11 M. je Tonne zu belasten. Eine geringe Belastung konnte berechtigt sein. Der Zechenverband schreibt in seiner letzten Berechnung zu dieser Angelegenheit folgendes:

„Die Belastung durch die rückliegende Kohlensteuer kann heute genau angegeben werden, indem die gesamten Zahlungen auf den gesamten verkauften Abfahrlast verteilt werden. Es ergibt sich ein Betrag von 3,11 M. je Tonne. Da bis Ende Juni die rückständige Kohlensteuer zum größten Teil bezahlt ist, ergibt sich für Juli aus dieser Belastung nur noch ein Tonnensbetrag von 0,52 M.; er wird im Verlauf der nächsten Monate auf Null herabgehen.“

Wir haben die „genauen“ Angaben mit durchaus guten Gründen angezweifelt und müssen dabei bleiben. Für Juni konnten nicht mehr 3,11 M., sondern im äußersten Falle 1 M. für rückständige Kohlensteuer in Frage kommen, und im Juli ist der gesamte Betrag als vollständig abgegolten zu betrachten.

Zur weiteren Berechnung des Zechenverbandes ist folgendes zu bemerken: Der Fördererfolg wird mit 865 Kilogramm je bergmännischem Beschäftigten angegeben. Auf Juni bezogen, mag diese Zahl richtig sein. Der Effekt in diesem Monat hatte aber sehr unter den Nachwirkungen der Maisausperrung zu leiden. Nach der Arbeitsaufnahme waren viel Zimmerungsarbeiten zu verrichten, ehe die Förderung normal wurde. Darunter hat das Produktionsergebnis gelitten. Für Juli ist es mindestens mit 880 Kilo anzulegen. Dadurch verringern sich die Arbeiterlohnkosten je Tonne. Der Gehaltsanteil für Beamte, 13 Proz. der Arbeiterlohnkosten, ist einschließlich zu hoch. Aus den Protokollen der Kohlenwirtschaftsorgane ist ersichtlich, daß hier immer nur mit 10 Proz. gerechnet wurde. Ein höheres Verhältnis wäre nicht nur ungesund, sondern auch unwirtschaftlich. Die Unkosten für Materialien sind mit 3,60 M. gleichfalls zu hoch angesetzt. In der Vorkriegszeit wurde im äußersten Falle mit 2,40 M. je Tonne gerechnet. Der Stand des Großhandelsindex setzt einen Aufschlag von 20 Proz., so daß man im äußersten Falle auf 2,90 M. je Tonne kommen kann. Die allgemeinen Unkosten mit 1,90 M. erscheinen uns erschreckend hoch. Sie können auch mit den Zinsfäden der Gegenwart nicht gerechtfertigt werden. An Hand früherer Berechnungen und unter Berücksichtigung der inzwischen erfolgten Einschränkung unproduktiver Lasten durch Beamtenabbau usw. ist dieser Satz höchstens mit 0,90 M. anzunehmen. Die Synkatsumlage mit 1,75 M. je Tonne ist zu hoch, besonders wenn man die eingetretene Preisentwertung berücksichtigt. Nach der allgemeinen Preisentwertung um 20 Proz. werden im Kampf mit der Konkurrenz nicht mehr viel Verkäufe unter dem festgesetzten Preis erfolgen, so daß Rückver-

gütungen an Zechen, die solche Lieferungen im Auftrage des Syndikats auszuführen hatten, nicht mehr sehr hoch sein werden. Damit kann der Satz wesentlich, ungefähr um 50 Proz. vermindert werden. Wir veranschlagen dafür 0,90 M. je Tonne.

Mit den angeführten Einschränkungen kommen wir nun zu folgendem Selbstkostenergebnis in der Gegenwart:

Förderung je bergm. Beschäftigtenmitglied in der Schicht	0,88 Ton.
Lohn je Schicht im Durchschnitt	6,20 M.
Je Tonne Förderung betragen:	
Arbeiterlohnkosten	7,04 M.
Beamtengehälter (10 Proz. der Arbeiterlohnsumme)	0,70
Wertschöpfungsvertrag zur Knappschaft	0,92
Vertrag zur Knappschaftsberufsgenossenschaft	0,20
Materialienkosten	2,90
Staats- und Gemeindesteuern	0,58
Allgemeine Unkosten	0,90
Summe der Selbstkosten	13,24 M.

Abschreibungen 10 Proz. der Selbstkosten . . . 1,32

Insgesamt Selbstkosten je Tonne Förderung 14,56 M.

Von 100 Tonnen Förderung entfallen auf Selbstverbrauch und Deputate 9 Tonnen, so daß eine Aufförderung von 91 Tonnen verbleibt. Davon sind nach den Angaben des Zechenverbandes für Reparationslieferungen abzuziehen 25,18 Proz. = 22,91 Tonnen oder rund 23 Tonnen. Es verbleibt somit eine verkaufsfreie Förderung von 68 Tonnen.

Nach unserer Selbstkostenberechnung kosten 100 Tonnen Förderung 1456 M. Verkaufsfrei verbleiben 68 Tonnen × 19,47 M. Durchschnittspreis = 1323,96 M.

Die Selbstkosten für 1 Tonne Förderung betragen . . . 14,56 M.
Nach Abzug der Ricum-Lieferungen und des Selbstverbrauches wird ein Erlös erzielt von . . . 13,23 M.
verbleibt ein Mindererlös von 1,33 M.

Zuzugefügt werden müssen:

Für laufende Kohlensteuer	0,75 M.
Für Handelsunkosten 5 Proz. vom Förderlohnpreis	0,83
Für Synkatsumlage	0,90
Mindererlös je Tonne	0,81 M.

Diese Berechnung dürfte der Wahrheit sehr nahe kommen. Sie zeigt, daß nach dem Fortfall der Ricum-Lasten, d. h. wenn infolge anderer Regelung die Reparationslieferungen bezagt werden und keine Kohlensteuer an die Befugungsbehörde mehr abgeführt zu werden braucht, der Kohlenpreis noch weiter gesenkt werden kann, was im Interesse der deutschen Wirtschaft und ihrer Wettbewerbsfähigkeit durchaus erwünscht ist.

Der Zechenverband errechnete einen Verlust von 10,22 M. je Tonne verkaufter Kohle. Wir kommen zu einem solchen von 3,81 M. Die Differenz erklärt sich aus den notwendigen Abstrichen, die wir eingehend erläutert haben, insbesondere aber durch den Ausfall des Betrages für rückwärtige Kohlensteuer. Diese Erleichterung ist aber auch erst im Juli voll wirksam geworden. In den vergangenen Monaten sind die Verluste höher gewesen, so daß die Angaben, die Zechen befanden sich in einer äußerst kritischen Finanzlage, durchaus glaubhaft sind. Nur eine erdügliche Lösung des gesamten Reparationsproblems kann befreiend wirken und auch den Arbeitern einen gerechteren Anteil am Produktionsvertrage zuteil werden lassen.

Soweit die Darstellung. Die Ergebnisse erscheinen darin für den Bergbau noch ungünstiger, als sie wirklich sind, weil der Staatszuschuß zur Abdeckung der Ricum-Lasten im Juli dabei gar nicht berücksichtigt ist. Würde man ihn mit einsehen, so läme man zu dem Ergebnis, daß der Ruhrkohlenbergbau schon jetzt Ueberschüsse, wenn auch nur in geringem Umfange, erzielt. Diese Feststellung ist notwendig, weil der Ruhrkohlenbergbau mit seinen Produktionskostenaufstellungen ganz offenbar die Absicht verfolgt, seine Lage schlechter darzustellen als sie wirklich ist. Es muß aber dem entgegengekehrt werden, damit der nach Beseitigung der Ricum-Lasten notwendige Preisabbau nicht durch Rechenfehler in den Kalkulationsbüros der Verbände verhindert wird.

Die Ruhrindustrie vor neuen Stillelegungen.

Der großindustrielle „Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsdienst“ verbreitet, wie uns aus Essen gebracht wird, unter der sensationellen Ueberschrift „Die Ruhrindustrie vor der Stilllegung“ eine Darstellung der Lage der Ruhrindustrie, die in der Forderung planmäßiger Produktionsbeschränkungen gipfelt. Der Artikel fordert den Beschluß systematischer Betriebsbeschränkungen im Rahmen eines Verbandes, „damit einzelne Werke bei der Beurteilung der Verhältnisse von Produktion und Nachfrage sich nicht trügerischen Hoffnungen hingeben“.

Die alarmierenden Verdähte der großindustriellen Pressestelle über die bevorstehende Stilllegung der Ruhrindustrie begreifen eine Agitation für gleichmäßige und konsequent durchgeführte Betriebsbeschränkungen als Einleitung für einen allgemeinen Lohnabbau. Tatsächlich sind die Verhältnisse einer derartigen Bewegung günstig. Infolge des durch Arbeiterentlassungen inskematich gesteigerten Angebots von Arbeitskräften werden natürlich die Lohnverhältnisse zum Nachteil der Arbeitnehmer beeinflusst; Gesteigerter Arbeitsangebot bedingt sinkende Löhne. Allem Anschein nach handelt es sich bei den Betriebsbeschränkungsbestrebungen der Ruhrindustrie um Anzeichen bevorstehender schwerer sozialer Kämpfe.

Der Kampf gegen die Mißernte in Rußland. Die Leitung der russischen Kommunistischen Partei hat einen Appell an alle Sozialorganisationen gerichtet, welcher Besorgungen für die Bekämpfung der Folgen der Mißernte enthält. Es heißt darin: Die allgemeine Entwicklung der Landwirtschaft ist wiederum auf ernste Schwierigkeiten gestoßen. Die Trockenheit hat die Hoffnung auf eine gute Ernte erheblich verringert und in einigen Territorien geradezu eine Mißernte verursacht. Davon sind betroffen: das mittlere und südliche Wolgarebiet, ein bedeutender Teil Sibostrußlands, ein nicht großer Teil der Ostukraine, insgesamt etwa 6 bis 7 Millionen Einwohner. Ein Vorteil gegenüber der Mißernte vom Jahre 1921 besteht darin, daß der Staat gegenwärtig große Brotgetreidevorräte besitzt. Wenn die Mißernte auch erhebliche Schwierigkeiten verursachen kann, so kann doch nicht von einer verzwweifeln Hungersnot und einer hoffnungslosen Lage gesprochen werden. Auf dem Programm der Regierung befindet sich die Gewährung von 30 Millionen Goldrubel zur Versorgung der Bauernschaft mit Getreide, die Gewährung einer Anleihe von 300 Millionen Goldrubel unter Verpfändung des Viehes, die Gewährung von 20 Millionen Goldrubel zur Versorgung der Bevölkerung mit Getreide, von welchen 14 Millionen für die Erwachsenen bestimmt sind, und zwar in der Weise, daß ihnen Beschäftigung bei den öffentlichen Arbeiten verschafft wird, und 6 Millionen für die Kinder, welche heuer nicht aus den von der Mißernte betroffenen Gouvernements weggelassen werden. Außerdem soll die Bauernschaft in den betroffenen Gegenden entweder teilweise oder vollständig von den Steuern befreit werden. Weiter wird ein Plan für Restaurationsarbeiten ausgearbeitet werden, um in der Zukunft Trockenheit zu verhüten. Diese Pläne sind aber, wie es in dem Aufrufe heißt, noch nicht Tatsachen. Damit sie solche werden, muß die Landwirtschaft selbst zum Kampfe gegen die Trockenheit und deren Folgen herangezogen werden. Die Maßnahmen der Regierung bleiben lediglich auf dem Papier, wenn sie nicht von der Landwirtschaft in wirksamer Weise unterstützt werden.

Wirtschaft

Rechenfehler des Ruhrbergbaues.

Gegenüber den Darstellungen des Ruhrkohlenbergbaues, der sich wieder in der Öffentlichkeit über seine Verlustwirtschaft Klage führte und dabei unrichtige Zahlen über seine Produktionskosten verbreitete, erhalten wir nachstehende Ausführungen aus Fachkreisen:

Der rheinisch-westfälische Bergbau arbeitet unter den Ricum-Lasten mit großen Verlusten. Diese Tatsache wird anerkannt, aber Uebertreibungen muß ebensolcher entgegengetreten werden. In einer Selbstkostenberechnung des Zechenverbandes, die in diesen Tagen veröffentlicht wurde, sind sie im Uebermaß enthalten. Die Tatsachen zeigen das mit aller Deutlichkeit.

Der Zechenverband gibt in seiner Berechnung an, daß 11 Proz. der Förderung im Selbstverbrauch und durch Abgabe von Deputatkohle aufgezehrt würden. Dieser Satz ist zu hoch. Wir verweisen darauf, daß 1913 für diese Zwecke nur 5,7 Proz. benötigt wurden. Eine Steigerung des Selbstverbrauchesanteils ist erfolgt, aber keine Verdoppelung. Die Zahl der Bergarbeiter hat sich vermehrt und damit auch die der Deputatkohlenbezugsberechtigten; andererseits ist der Fördererfolg gegenüber 1913 geringer geworden. Das sind zwei Momente für die Steigerung des Zechenlohnverbrauches und der Deputatkohlenmengen. In der Berechnung des Zechenverbandes wird aber ferner die Tatsache verschwiegen, daß die Bergleute tarifmäßig 8 M. für eine Tonne Deputatkohle bezahlen müssen. Unter voller Würdigung aller dieser Tatsachen kommen wir zu dem Ergebnis, daß keinesfalls mehr als 9 Proz. der Förderung für die genannten Zwecke verbraucht werden. Dadurch erhöht sich die Menge der Abfahrlast; so wird das erste Loch in die Berechnung des Zechenverbandes gestochen. Das zweite soll gleich folgen.

Vom 1. Dezember 1923 bis 30. Juni 1924 wurden im Ruhrgebiet 42,57 Millionen Tonnen Kohle gefördert. Davon sind 5 Millionen Tonnen als außerhalb der Ricum-Lasten stehend abzugeben, da sie im unbefahren Gebiet gewonnen wurden. Die Förderung der mit den Ricum-Lasten bedachten Zechen beträgt somit in der genannten Zeit 37,57 Millionen Tonnen. Davon werden 9 Proz. = 3 381 300 Tonnen im Selbstverbrauch und für Deputatkohle benötigt, so daß die abfahrlastige Förderung 34 188 700 Tonnen betragen hat. Hiervon sind 9 Millionen Tonnen unbefahrene Ricum-Lieferungen abzuziehen, so daß 25 188 700 zum freien Verkauf verbleiben. Nimmt man nun noch weiter an, daß 1 Million Tonnen nicht abgefahrt, sondern auf Lager gelegt wurden, daß sich demgemäß die tatsächlich verkaufte Kohlenmenge vom 1. Dezember 1923 bis 30. Juni 1924 auf 24 188 700 Tonnen bezifferte, so läßt sich ziemlich genau errechnen, wie sehr die sogenannte „rückwärtige“ Kohlensteuer Produktion und Preise belastet.

Das Ricum-Abkommen verpflichtete die Zechen 15 Millionen Dollar = 63 Millionen Goldmark für rückwärtige Kohlensteuer zu zahlen. Der Gesamtbetrag war bis zum 15. Mai 1924 zu begleichen. Er stellte eine sehr schwere Belastung dar. Um sie rechnerisch auszugleichen — die Zechen haben dafür noch keine faktische Deckung — wurde jede verkaufte Tonne Kohle mit 3 M. belastet. Der Zechenverband schrieb selbst in seiner ersten Kostenberechnung vom Ende Februar 1924 hierzu:

„Diese Ziffer ist ermittelt, indem man den Gesamtbetrag von 15 Millionen Dollar gleich 63 Millionen Mark auf die für die Monate Dezember 1923 bis Mai 1924 zu erwartende verkaufbare Förderung aufteilt. Wir haben damit die Summe auf die

